



ALLES ODER NIX

JAHRESRÜCKBLICK DRESDEN 2018

Inhalt

Dresden rechtsaußen - Rückblick auf das Jahr 2018	6
Aktionen Januar / Februar	21
Delegation durch Rojava – der Einblicke in die Revolution Frauen	23
Aktionen März / April	31
Politische Situation und Repression in Russland	33
Aktionen Mai / Juni	42
Debatte: Antifa endgültig am Ende?	44
Aktionen Juli / August	52
Antwortschreiben der URA	54
Aktionen September / Oktober	59
Aufruf von „Loslegen – fight AfD“	61
Aktionen November / Dezember	64

Einleitung

Liebe Leser*innen,

ihr haltet die dritte Ausgabe „Alles oder Nix“ in den Händen. Wir sind sehr glücklich und froh dieses Projekt noch einmal fertig bekommen zu haben. Das letzte Jahr ging wieder viel zu schnell vorbei. Aber auch 2018 gab es keinen Stillstand, sondern die ein oder andere nette Aktion, welche ihr wie gewohnt, zwischen den Kapiteln nachschlagen könnt. Inhaltlich freuen wir uns darüber wieder aus den verschiedensten Spektren Input bieten zu können. Im Ersten Artikel werden euch vom „Redaktionskollektiv“ die unterschiedlichsten Strömungen, sowie die aktuelle Lage der Neonaziszene, in Dresden vorgestellt. Im anschließenden Text „Delegation durch Rojava – Einblicke in die Revolution der Frauen*“ folgt durch die Reise einer internationalen Frauendelegation vom Juni 2018 durch Rojava eine exklusive Einsicht. Außerdem wird dabei das Bild der „kämpfenden Frau“ in Nord-Syrien in den lokalen Kontext gestellt. Im dritten Artikel stellt das ABC Dresden die politische Situation in Russland vor. Dem folgend findet ihr unter der Überschrift „Debatte: Antifa endgültig am Ende?“ gleich mehrere Artikel. Wir haben den Text „Warum wir nach Ostritz fahren...“ der URA zum Anlass genommen über den derzeitigen Stand der Antifa in Deutschland und welchen Weg die Bewegung gehen sollte diskutiert. Im letzten Text des Heftes findet ihr den Aufruf von „Loslegen – fight AfD“, eine Kampagne welche wir gern unterstützen.

Nun noch eine, für uns, sehr enttäuschende und traurige Nachricht. Wie schon in der letzten Ausgabe geschrieben, diskutierten wir schon im vergangenen Jahr über den weiteren Werdegang von "Alles oder Nix". Dabei hatten wir euch aufgerufen mitzumachen, euch einzubringen oder uns wenigstens Feedback zu geben. Leider kam da ziemlich wenig, wodurch unsere Idee euch mit dem Heft zu stärken, anzusprechen und Raum zu bieten eure Inhalte vorzustellen gescheitert schien. Daraus resultierten in unseren Reihen einige grundlegenden Fragen, unter anderem warum und wofür dieses Heft dann überhaupt noch existieren soll. Es war nicht einfach für uns diese

klar und deutlich zu beantworten, weil wir uns im Klaren waren, dass das Projekt durch diese tiefgreifende Diskussion scheitern kann. Aber es war wichtig, vor allem mit Hinblick auf das vergangene Jahr, wo wir die Fragen schon einmal beantworten mussten, längst aber nicht alle Beteiligten zufrieden damit waren.

Durch die nun endgültige Beantwortung wurde uns klar, dass wir uns nicht als Dienstleister*innen, welche einmal im Jahr eine tolle Sache für „die Szene“ produzieren wollen, verstehen. Unser Ziel war es, einen Jahresrückblick mit euch entstehen zu lassen und nicht über euch. Aus diesen Gründen werden wir unsere Kapazitäten, Kräfte und Ideen zukünftig wieder in andere Projekte stecken. Diese dritte Ausgabe „Alles oder Nix“ wird somit also das letzte Heft sein, welches wir gedruckt haben.

Das finden wir schade aber auch nicht dramatisch. Wir gehen also nicht mit Groll, sondern eher mit Wehmut, Traurigkeit und Stolz. Mit Wehmut, weil wir nicht noch eine Ausgabe auflegen werden. Traurig darüber, dass viele nicht bereit waren für dieses Heft. Sehr Stolz über drei Ausgaben, welche inhaltlich und von der Aufmachung genau unseren Ansprüchen genügt haben. Aber auch darüber, rechtzeitig und mit gutem Gewissen, diese Entscheidung über das Ende getroffen zu haben.

Ganz zum Schluss wollen wir es nicht verpassen uns zu bedanken, bei all den Menschen welche uns geholfen, supportet und den Rücken gestärkt haben. Riesen Dank geht aber auch an alle Autor*innen, Gruppen und Unterstützer*innen, die in den drei Heften vorgekommen sind.

Dankbarkeit geht ebenso raus an die freundliche Druckerei, welche immer für uns da war.

Stay true,

Eure Verfasser*innen von „Alles oder Nix“

(A)

allesodernix.noblogs.org

Dresden rechtsaußen - Rückblick auf das Jahr 2018

In Dresden ist nach wie vor ein breites Spektrum an rechten und rechtsradikalen Akteur*innen präsent. Neben den alt-bekannten, neonazistischen Strukturen wie freien Kameradschaften und NPD haben sich neu-rechte Strukturen wie Pegida, AfD, Identitäre usw. in Dresden festgesetzt. Der folgende Text soll deren Aktivitäten im vergangenen Jahr beleuchten und bewerten. Es kann bei den genannten Aktivitäten jedoch nicht davon ausgegangen werden, dass eine vollständige Liste aller Aktionen des rechten Spektrums vorliegt. Nicht jede Aktion wird bekannt, andere "Mini-Aktionen" wie immer wieder in der Presse erwähnte rechte Schmierereien, Pöbeleien in sozialen Netzwerken etc. sollen hier nicht weiter betrachtet werden. Antifaschist*innen sollten diese dennoch im Hinterkopf behalten.

Bei der Dokumentation rechter Aktivitäten sind wir alle gefragt - solltet ihr Aktionen mitbekommen, dann meldet euch bei den bekannten Strukturen (URA, RAA, ART u.Ä.), insbesondere, wenn diese nicht Gegenstand von (szene-) öffentlichen Diskussionen geworden sind.

Alte Akteure

NPD

Die NPD ist in Dresden wie auch bundesweit weitestgehend in Richtung Bedeutungslosigkeit abgerutscht, was sich unter anderem auch schon am Scheitern des letzten NPD-Verbotsverfahrens zeigte. Vom verpassten Wiedereinzug in den Landtag 2014 hat sich die sächsische NPD nicht erholen können. In Dresden ist die Partei lediglich mit den beiden Nazis Jens Baur und Hartmut Krien im Stadtrat vertreten, vier NPD'ler sitzen in Stadtbezirksbeiräten.

In den Gliederungen in Sachsen und Dresden wechseln sich die immergleichen Kader auf den Posten ab. Der Dresdner Jens Baur ist als Landesvorsitzender der Partei gleichzeitig auch Stellvertreter des Dresdner Kreisverbandes. An dessen Spitze hatte ihn nach langen Jahren 2016 der ebenfalls seit Langem bekannte Nazi-Kader Dietmar Grahl abgelöst. Der Eintritt des seit vielen Jahren in Dresden aktiven Neo-Nazis Maik Müller in die JN hat für öffentlichkeitswirksame

Aktivitäten der Partei und ihrer Jugendorganisation keine nennenswerten Veränderungen gebracht. Er ist weiterhin die zentrale Figur in der Organisation des 13. Februar - Trauermarsches. Als Leiter des JN-Bundesarbeitskreises "Europa" war er außerdem maßgeblich an der Organisation des dritten "JN-Europakongress"¹ im Mai 2018 in Riesa beteiligt. Von sich reden machte die NPD mit ihren "Schutzzonen"-Aktionen, bei denen Nazis in Warnwesten durch von ihnen als "Problemviertel" wahrgenommene Stadtgebiete laufen und sich fotografieren. Beteiligt waren daran in Dresden kaum mehr als eine Handvoll bekannter NPD'ler aus Dresden und Umgebung.

Die NPD leidet unter dem Zuspruch des rechten Lagers für die weniger als "Schmuddelkind" gebranntmarkte AfD. Sinnbildlich für diesen Zustand stehen die Kundgebungen beider Parteien Anfang Januar 2018. Nach einer gewalttätigen Auseinandersetzung am Hauptbahnhof, bei der ein 17-jähriger Stichwunden erlitten und die Täter als "südländisch/nordafrikanisch" aussehend beschrieben hatte, versuchten beide Parteien politisches Kapital aus der Sache zu schlagen. Während die AfD eine Woche später eine Demonstration mit 300-500 Teilnehmenden organisieren konnte, schaffte es die NPD erst weitere 11 Tage danach zu reagieren. Zu ihrer Kundgebung am Hauptbahnhof kamen allerdings nur rund 50 Personen. Selbst langjährig aktive Neo-Nazis wie Ronny Thomas oder Sebastian Reiche gingen lediglich zur Veranstaltung der AfD.

Freie Kräfte

Aus den Reihen der freien Kräfte, bzw. klassischen Kameradschaftsstrukturen gelangen 2018 keine relevanten, öffentlichkeitswirksamen Aktionen. Das liegt unter anderem am derzeitigen Repressionsdruck auf die Szene. Einige Mitglieder der zuletzt aktiven Gruppe "Freie Kameradschaft Dresden" sitzen nach wie vor in Untersuchungshaft, es laufen mehrere Verfahren. Die Gruppe um Benjamin Zein hatte sich 2015 gegründet und war unter anderem bei Pegida, in Freital und an den Ausschreitungen an der Bremer Straße sowie in Heidenau beteiligt. Sie führte mit dem "Dresden macht sich grade für Deutschland" Transparent den Nazi-Mob am ersten Pegida-Geburtstag an und Mitglieder beteiligten sich an den Ausschreitungen in Connewitz im Januar 2016. Die Gruppierung pflegte eine eigene Facebook-Seite, betrieb einen internen Chat und traf sich regelmäßig in der Bar

"Pfefferminze" in Dresden Gruna. Unter anderem wegen gewalttätigen Übergriffen zum Stadtfest 2016 und dem Angriff auf die "Mangelwirtschaft" gemeinsam mit der "Gruppe Freital" standen und stehen Mitglieder der "Freien Kameradschaft Dresden" vor Gericht. André Mühl, der weitestgehend allein das Projekt "Freie Aktivisten" betrieb, ist ebenfalls in einem der Verfahren beschuldigt.

Angesichts der Hausdurchsuchungen und Verfahren gegen Mitglieder der FKD entlud sich ein seit längerem schwelender Konflikt in der Dresdner NPD. Das langjährige Parteimitglied und frühere MdL René Despang, der sich selbst wohl als "Ziehvater" der freien Kameradschaft sah und aktiv dafür warb, lieber zu dieser als zur JN/NPD zu kommen, lieferte sich öffentlich einen Schlagabtausch mit Parteimitgliedern und fiel in Ungnade. Am Ende hat er die Partei verlassen.

Trotz struktureller Schwäche waren Personen aus dieser Szene an Aktionen des rechten Lagers beteiligt. Beispielsweise reisten einige Dresdner Nazis, darunter Christian Leister, Mirko Förster, Daniel Kraus und die älteren Kader Ronny Thomas und Sven Hagendorf zu den eskalierenden AfD-Demos im August/September 2018 nach Chemnitz.

Ronny Thomas, der früher in der NPD aktiv war, ist inzwischen Teil des einprozent-Ablegers "Dresden5k" und nahm an Aktionen dieser Gruppierung teil, bspw. anlässlich einer Veranstaltung mit Heiko Maaß am 17.07.2017.

AfD

Die AfD hat sich zum vielleicht bedeutendsten Akteur des rechten Lagers entwickelt, was sich unter anderem in Wahlergebnissen und daraus resultierenden finanziellen Möglichkeiten äußert. Im Dresdner Stadtrat sitzt die AfD zur Zeit mit vier Personen in Fraktionsstärke. In den bereits mehr als vier Jahren dieser Legislaturperiode hat die Fraktion jedoch kaum relevante Akzente gesetzt. Gerade bei mitunter voraussetzungsreichen Fachthemen zeigte sich wiederholt die fehlende Kompetenz der AfD-Stadträte um relevante Diskussionsbeiträge beizusteuern. Aufmerksamkeit erzielte sie unter anderem durch den vor Gericht ausgetragenen Streit darüber, wer denn der wahre

Fraktionsvorsitzende sei, sowie populistische Anträge und Pressemeldungen im Zusammenhang mit dem Thema "Migration". Allerdings gewannen die AfD-Stadträte unlängst mehr an Bedeutung, da drei sozialdemokratische Abweichler die "linke" Mehrheit des Stadtparlaments kippten. Die AfD wird nun zur Mehrheitsbeschafferin für CDU, FDP und Bürgerfraktion.

Die AfD ist auch im sächsischen Landtag vertreten. Von den 14 Mandaten die sie zur letzten Landtagswahl erringen konnte gehören zur Zeit noch neun Mandatsträger*innen der Fraktion an. Hier hat die AfD die "Anti-Antifa-Arbeit" von der aus dem Landtag ausgeschiedenen NPD übernommen. In den vergangenen Jahren stellte sie immer wieder Anfragen zu zivilgesellschaftlichen und kulturell aktiven Vereinen und Strukturen, deren politische Haltung ihr ein Dorn im Auge ist. Gemeinsam mit bspw. dem neu-rechten Netzwerk "einprozent" versuchte sie deren Förderung zu skandalisieren. Sie stellte außerdem einen Antrag zum "Verbot der Antifa" vor, mit dem sie antifaschistische Gruppen in Sachsen angreift und die Landesregierung auffordert, sich für ein Verbot "der Antifa" zu engagieren.

Nicht nur im Landtag, sondern auch auf der Straße bedient die AfD Themen der älteren Nazistrukturen. Neben dem AfD-Dauerthema "Ausländer raus", dass auf verschiedenen Kundgebungen, Demonstrationen und Veranstaltungen artikuliert wurde, wird auch in puncto Erinnerungspolitik thematisch an NPD und freie Kameradschaftsszene angeknüpft. So beteiligte sich die AfD 2018 erneut an den Kranzniederlegungen zum 13. Februar auf dem Heidefriedhof und organisierte einen Vortrag mit dem Hobbyhistoriker Gert Bürgel, der die in Nazi-Kreisen gepflegten Märchen von Tieffliegern und Phosphorbomben am 13. Februar 1945 seit Jahren zum Besten gibt. Außerdem schließt sich die AfD der Forderung um ein Denkmal für die Toten der Luftangriffe an und organisierte eine Kundgebung am 13. Februar auf dem Altmarkt. An dieser nahmen nicht nur einige langjährig aktive Neo-Nazis teil, in deren Verlauf kam es auch zu gewalttätigen Übergriffen der Kundgebungsteilnehmer*innen auf antifaschistische Protestierende.

Die AfD ist mit allen anderen Zusammenhängen des rechten und rechtsradikalen Spektrums in Dresden vernetzt, es gibt eine direkte und offene, wie auch indirekte oder öffentlich verneinte Zusammenarbeit mit diesen. Die Kooperation mit Pegida wird in der AfD zwar

seit langem immer wieder diskutiert, ist aber in Dresden insbesondere auf öffentlichen Veranstaltungen schon seit Jahren Realität. Anschaulich wurden die Verstrickungen der AfD mit gewaltaffinen Neo-Nazis und Hooligans bei den teilweise eskalierten Demonstrationen im August und September in Chemnitz.^{2, 3} Dem gesamten rechten Spektrum wurde dort signalisiert, dass die AfD im Fall der Fälle auch für einen öffentlichen Schulterchluss mit allen Akteur*innen zur Verfügung steht.

Beispielhaft seien hier noch einige andere, womöglich weniger bekannte Verbindungen genannt. Der heutige Leiter der Bundesgeschäftsstelle der AfD Hans-Holger Malcomeß ist seit Jahrzehnten als rechter Aktivist bekannt. Ihm können unter anderem Verbindungen zur inzwischen verbotenen Wiking-Jugend, sowie die Organisation diverser Veranstaltungen (z.B. gegen die Euro-Einführung oder die Wehrmachtausstellung) mit reger rechtsradikaler Beteiligung nachgewiesen werden.⁴

Die AfD ist eng mit den in Dresden ansässigen Burschenschaften verweben. Teilweise sind Mitglieder der AfD und JA gleichzeitig auch Mitglieder in Burschenschaften, so zum Beispiel der Stadtrat Gordon Engler oder das JA und IB Mitglied Yannick Pochert. Auch das Haus der Burschenschaft "Salamandria" steht AfD und JA für Veranstaltungen zur Verfügung. Berührungspunkte kennt man auch dort nicht, bei Veranstaltungen tauchen Aktivisten jeglicher rechter Strukturen auf, beispielsweise nahmen an einer Veranstaltung am 09.01.2018 zum Thema "Das Ende des Sozialstaats" sowohl der ex-JN-Bundesführer und "einprozent" Mitarbeiter Julian Monaco, der damalige JA-Landesvorsitzende Matthias Scholz und der IB-Sachsen-Regionalleiter Martin Bader gemeinsam teil.

Bei der Demonstration der Jungen Alternative unter dem Motto "Hol dir dein Land zurück" am 24.03.2018 in Dresden übernahmen IB-Kader wie Yannick Pochert oder Marco Hebestadt Ordnerfunktionen. Anschließend fand eine Saalveranstaltung in der Salamandria statt.

An der Veranstaltung "JA-Akademie" am 26.05.2018 in Bautzen nahmen viele regionale IB-Kader wie Egon Oelsner, Ricardo Knöfel, Kevin Schmidt oder AfD-Vorstandsmitglied im KV Hoyerswerda und Ibster Toni Schneider teil.

Der AfD-KV Dresden hat für die kommenden Wahlen der Stadtbezirksbeiräte in Blasewitz den "Dresden5k" Aktivisten Heiko Müller, selbst auch mit AfD-Parteibuch, aufgestellt.
Die Liste liese sich noch länger fortsetzen.

Neue Rechte

"Identitäre Bewegung"

Die Identitären setzen nach wie vor konzeptionell auf "spektakuläre" Bilder, ihre Aktionen werden stets durch mediale Inszenierung begleitet. Aktionen können daher mitunter von eher wenigen Aktivist*innen durchgeführt werden, oder sehr kurz sein. Wichtig ist ihnen die Verbreitung der produzierten Bilder im Internet. Diese Zielsetzung nahm zuletzt groteske Auswüchse an: Bei einer Veranstaltung in Greifswald beabsichtigten dortige IB Kader Bilder für eine Art Rede-bzw. "Meinungsverbot" zu inszenieren. Da sie bei der von ihnen gestörten Veranstaltung wider Erwarten nicht rausgeworfen wurden, stellten sie diese Bilder im Nachhinein nach, indem zwei IB'ler einen dritten durch eine Tür zertraten.⁵

In Dresden haben die Aktivitäten der IB zuletzt abgenommen, Aktive aus der Region traten vermehrt in Ostsachsen auf. Zu den bekannten inzwischen länger aktiven IB'lern aus Dresden, wie den auch bundesweit auftauchenden Kadern Aline Manescu, Freya Honold, Martin Bader, Yannick Pochert etc. haben sich einige neue Aktivist*innen gesellt. Zu diesen gehören etwa Toni Schneider, Reinhold Süpple, Ricardo Knöfel und weitere.

Beispielhaft für IB Aktionen in Dresden seien die folgenden genannt: Am 30.06.2018 wiederholte die IB eine Aktion an der Büroadresse von "Mission Lifeline" auf der Rudolfstraße, die sie bereits im November 2017 ganz ähnlich durchgeführt hatte. Gegen 8 Uhr morgens hielten circa ein Dutzend IB'ler ein Transparent an die menschenleere Straße, zündeten Pyrotechnik und riefen Parolen; später stellten sie ein Video der Aktion online. Was dort nicht zu sehen ist: Nach wenigen Minuten rannten die Nipster aus dem Viertel, was nicht zuletzt auch dem Protest der Nachbar*innenschaft zu verdanken sein könnte.

Ihre größte Aktion 2018 in Dresden war das sogenannte "Europa Nostra Festival" am 25.08.2018. Zu dieser Art rechtsradikalen Jahr-

markts kam alles was im deutschsprachigen Raum in der IB Rang und Namen hat. Die Veranstaltung wirkte mit einem (freiwilligen) recht hohen Eintrittspreis und ihren vielen Verkaufsständen vor allem wie eine Messe, um die eigenen Kassen aufzufüllen, sowie als Möglichkeit für identitäre Groupies Selfies mit ihren Stars von youtube und instagram zu machen. Logistische Unterstützung kam von "Pegida"; Siegfried Däbritz betreute die Bühne und brachte auch den Pegida-Lautsprecher-LKW mit.

"einprozent"

Der rechtsradikale Verein "einprozent e.V." hat seine Arbeit letztlich analog der letzten Jahre fortgesetzt. Eine Handvoll Aktive gerieren sich als Speerspitze eines angeblich großen rechten Netzwerks. Dabei kommt es ihnen vor allem auch auf die öffentliche Show an. Von großspurig angekündigten Projekten -wie etwa dem "Netzwerk Landraum" (eine Wiederbelebung einer alten Idee aus Nazi-Kreisen zur Errichtung völkischer Siedlungen)-, hört man oft nie wieder, oder nur nebulöses Geplänkel. Ähnlich den Identitären, mit denen es viele Verknüpfungen und personelle Überschneidungen gibt, kommt es "einprozent" vor allem auf die mediale (Selbst-)Darstellung an und den Versuch die eigenen Leute mit Durchhalteparolen und einer vorgaukelten Breite der "patriotischen Widerstandsbewegung" bei der Stange zu halten.

Neben dem Wunsch ihre politischen Ziele so, unter anderem durch die Verschiebung öffentlicher Diskurse, zu verwirklichen steckt dahinter auch schlicht Abzocke der eigenen Klientel. Es lässt sich kaum eine Veröffentlichung des Vereins finden, mit der nicht auch um Spenden geworben wird. Seit Herbst 2018 betreibt der Verein konsequenterweise auch einen Versandhandel. Seit Anfang 2018 ist das ehemalige Büro von "einprozent" an der Lingnerallee in Dresden geräumt, ein Ersatz scheint bisher nicht gefunden zu sein. Für Veranstaltungen greift der Verein auf das Haus der Burschenschaft Salamandria zurück, wie zum Beispiel für dessen Sommerfest am 27.07.2018 oder für eine Filmvorführung am 05.09.2018. Der Vorsitzende des Vereins, Philip Stein, betreibt auch den "Jungeuropa Verlag", der bisher wenige Werke rechter Vordenker verlegt oder übersetzt hat. Ein gleichnamiges "Jungeuropa Forum" führte Stein Anfang August 2018 in Dresden durch. Nachdem auf Grund antifaschis-

tischer Intervention der ursprüngliche Veranstaltungsort abgesprungen war, fand er mit einem teilweise gekürzten Programm wieder im Salamandria-Haus Unterschlopf.

In rechten Kreisen genießen Stein und der "einprozent e.V." einige Anerkennung, für bspw. die AfD gelten Vertreter*innen als Experten. So lud die Landesgruppe Sachsen-Anhalt der AfD-Bundestagsfraktion Stein zu einem Vortrag über "linke Förderstrukturen" in den Bundestag ein. Stein brachte Julian Monaco, Michael Schäfer, Volker Zierke und Benedikt Kaiser mit, allesamt mit einschlägiger Historie im neo-nazistischen Spektrum.

Viel finanzielle und logistische Unterstützung durch "einprozent" erfuhr im Jahr 2018 der Pegida-Klon "Zukunft Heimat" in Cottbus.

"Blaue Narzisse" / "Recherche D"

Die "blaue Narzisse ist" eine Zeitschrift aus dem neu-rechten Spektrum. Deren Chefredakteur und Herausgeber Felix Menzel, ebenfalls Mitglied einer Burschenschaft, schreibt dort unter anderem gemeinsam mit Dirk Taphorn, Referent der AfD Stadtratsfraktion in Dresden und Pegida-Anhänger, sowie Johannes Schüller, der Anfang 2018 bei einem Störversuch eines Vortrages im malobeo beteiligt war. Menzel und Co veröffentlichten im Mai 2018 zum ersten Mal ein weiteres Magazin, "Recherche D", das nach Eigenangaben "Denkanstöße für die wirtschaftliche Weiterentwicklung Deutschlands" geben will. Menzel gilt ebenso wie Stein - beide haben bereits mehrfach zusammen gearbeitet - als Vordenker in der neu-rechten Szene.

Im Jahr 2018 verlor die "Blaue Narzisse" bzw. Menzel sein Büro in der Franklinstraße in Dresden. Der Vermieter soll nach einem Farbanschlag zum Jahresende gekündigt haben. Eine Veranstaltung Menzels, die der AfD Kreisverband Dresdens organisierte und bei der das Magazin "Recherche D" vorgestellt wurde, musste ebenfalls auf Grund antifaschistischer Intervention verlegt werden. Nach der Absage des ursprünglichen Veranstaltungsortes fand der Vortrag dann im Restaurant "Mephisto" in Löbtau statt.

Burschenschaften

In Dresden fallen im rechten Spektrum hauptsächlich die beiden Burschenschaften "Dresdner Burschenschaft Salamandria" und "Burschenschaft Arminia zu Leipzig in Dresden" auf. Beide haben eigene

Räumlichkeiten in Dresden und pflegen das übliche Burschi-Leben, beide rein männlich, pflichtschlagend, mit rechts-konservativen Wertevorstellungen und regelmäßigen "Kneipen"-Abenden.

Beide treten selten mit expliziten Burschenschafts-Veranstaltungen im öffentlichen Raum in Erscheinung. Jedoch ist ihre Bedeutung für die rechte und rechtsradikale Szene nicht zu unterschätzen. Im obigen Text sind bereits eine Reihe von Veranstaltungen genannt worden, die im Haus der Salamandria stattfanden. Es gibt in Dresden keine zweite Räumlichkeit, die sich zu einem derartig oft und spektrrenübergreifend frequentierten Knotenpunkt entwickelt hätte, wie das Objekt in der Bernhardstraße 98. Es ist außerdem auch Wohnort für beispielsweise den rechten Kader Volker Zierke. Weitere Mitglieder sind Martin Bader, Julian Monaco oder der Identitäre Jean-Pascal Hohm. Zur Arminia gehören unter anderem Gordon Engler, Matthias Scholz oder Yannick Pochert. In dem Haus, in dem deren Konstante untergebracht ist, betreibt auch MdL Lars Rohwer ein Wahlkreisbüro.⁶

In Dresden ist des Weiteren die Damenverbindung "ADV Regina Maria-Josepha zu Dresden" aktiv, in der auch mehrere Identitäre wie Freya Honold, Charlotte Schiller oder Madeleine Ahrens organisiert sind. Die ADV ist eng mit der Salamandria vernetzt, in der Vergangenheit wurden schon gemeinsame Feste organisiert. Ende 2017 hat die Damenverbindung eine Kneipentour durch die Neustadt ohne das spontan auftretende, antifaschistische Begrüßungskomitee geplant und die Tour kurz nach Beginn wieder abgeblasen.

Weitere Infos zu Burschenschaften gibt's in den "Ausgefuxt" Readern des StuRa.⁷

Und der Rest..?

"Pegida"

"Pegida" findet nach wie vor beinahe wöchentlich statt, inzwischen sind es knapp 170 Veranstaltungen gewesen. Die Relevanz von Pegida hat allerdings beträchtlich abgenommen. An die Zahlen von 2015 kommt das ausländerfeindliche Bündnis längst nicht mehr ran. Als Durchlauferhitzer für rassistische Proteste im ganzen Land oder Kennlernbörse von Neo-Nazis wie der FKD wird es nicht mehr gebraucht, die Vorreiterrolle für rechtspopulistische Provokationen hat

inzwischen eher die deutlich reichweitenstärkere AfD übernommen. Zu "Pegida" geht inzwischen nur noch ein Kern von 1.000 bis 2.000 Menschen, überwiegend Männer im fortgeschrittenen Alter, denen es offenbar gefällt Däbritz und Bachmann das Leben mit ihren Spenden zu finanzieren, sowie Montag Abend den Stammtisch auf die Straße zu verlagern. Die beiden üblichen "Jahreshighlights" der Vergangenheit waren im letzten Jahr ebenfalls nicht mehr besonders gut besucht. Zum 4. "Pegida" Geburtstag 2018 kamen noch ca. 4.000 Teilnehmer*innen, allerdings keine außergewöhnlichen Redner*innen. Am Weihnachtssingen nahmen bis zu 2.000 Personen teil. Es muss allerdings auch festgehalten werden, dass bis zu 2.000 Menschen für eine regelmäßige Demonstration recht viele Teilnehmer*innen sind und das nach wie vor verbale Entgleisungen und (teils körperliche) Auseinandersetzungen ständige Begleiter von "Pegida" sind. Ob die Argumente für eine kontinuierliche, antifaschistische Begleitung von "Pegida" ausreichen, ist wohl noch nicht abschließend diskutiert, ist vielleicht aber eine Aufgabe der sich die antifaschistische Szene Dresdens zeitnah stellen sollte.

"Freie Wähler"

Im kommenden Jahr könnten die sogenannten "Freien Wähler" in Dresden oder/und Sachsen zu einer neuen Akteurin in der rechten Szene avancieren. Während auf Landesebene die "Pegida"-Versteherin Antje Hermenau zum neuen Aushängeschild für den Wahlkampf 2019 wird, sind die freien Wähler in Dresden anscheinend mittlerweile das Sammelbecken für Rechtspopulist*innen, die sich mit der AfD so ganz öffentlich dann doch (noch) nicht zu zeigen trauen. So fanden nicht nur der "Pegida"-Anwalt Frank Hannig und die in neu-rechten Kreisen immer aktiver werdende Buchhändlerin Susanne Dagen dort Unterschlupf, sondern auch Barbara Lässig und Jens Genschmar, die ihrer eigenen Partei (FDP) schlussendlich doch nicht mehr tragbar für politische Ämter erschienen.⁸

Nationale Obdachlosenhilfe

Seit inzwischen drei Jahren ist in Dresden der Verein "Dresdner Bürger helfen Dresdner Obdachlosen und Bedürftigen e.V." aktiv, eine Nachahmung der "Winterhilfe" der NPD, die wiederum bei der NS-Organisation "Winterhilfswerk" abkuferte. Nachdem bekannt wur-

de, dass bei der "Dresdner Tafel" auch Geflüchtete die Angebote derer Ausgabestellen nutzen, wurde der Verein gegründet, um den nach Meinung der Mitglieder nicht ausreichend im Mittelpunkt stehenden deutschen Hilfsbedürftigen Unterstützung zukommen zu lassen. Neben den oben genannten Lässig und Genschmar, gehörten damals auch Uwe Riedel, Kathrin Melde und der Vereinschef Ingolf Knajder zu den Gründungsmitgliedern. Knajder ist bereits mehrfach durch asylfeindliche Aussagen in sozialen Netzwerken aufgefallen, war u.a. Unterstützer der OB-Kandidatur von Tatjana Festerling und Teilnehmer der schon oben erwähnten Demo am 01.09.2018 in Chemnitz.

Der Verein organisiert nach eigenen Angaben Friseurbesuche, eine Begegnungsstätte und Weihnachtsfeiern für Obdachlose Dresdner*innen. Unterstützung kommt nicht nur vom Mundart-Blödian Uwe Steimle oder dem Pegida-Hymnen-Komponisten "DJ Happy Vibes" alias Andreas Hoffmann. Auch die AfD unterstützt die Veranstaltungen, ebenso wie der "einprozent e.V.". Die CDU Fraktion des Dresdner Stadtrats lobt zumindest das Engagement.

Wellenlänge

Ab und an aktiv ist auch noch die Formation "Heidenauer Wellenlänge". Zwischenzeitlich waren mehrere "Wellenlängen" mit zusätzlichen Orts- oder Stadtteilnamen bei facebook registriert, die jedoch allesamt vom selben Personenkreis betrieben wurden. Nachdem dann eine Fusion zur "Dresdner Wellenlänge" vorgegaukelt wurde ist inzwischen nur noch die "Heidenauer Wellenlänge" aktiv. Dahinter stecken vor allem Madeleine Feige, Bernhard Wedlich (AfD), Dirk Jährling (ex-AfD, jetzt REP) und immer wieder auch Katja Kaiser, die anscheinend an einem Weltrekord der Teilnahme an Nazi-Veranstaltungen arbeitet. Zum Umfeld gehören auch die Personen, die 2017 regelmäßig mit einheitlich gestalteten "Anti-Antifa" Jacken bei Pegida und ähnlichen Veranstaltungen aufgefallen waren.

Der Zusammenhang fiel schon durch Störversuche bei Veranstaltungen auf, organisiert mitunter aber auch eigene. Bekannt ist möglicherweise noch die Mini-Kundgebung vom 22.09.2017 auf dem Alaunplatz, bei der knapp 10 Wellenlänge-Teilnehmer*innen von bis zu 100 Gegendemonstrant*innen lautstark vom Platz gebeten wurden.

2018 hat die Wellenlänge unter anderem eine Gedenkkundgebung am 13.02. auf dem Neumarkt organisiert. Trotz Verbots versammelten sich einige Teilnehmer*innen am Vormittag nahe des Lutherdenkmals, wurden später aber von der Polizei zerstreut. Am 03.06.2018 organisierte die Gruppe eine Demo "für Ankerzentren" u.a. als Gegendemo gegen eine Kundgebung des sächsischen Flüchtlingsrates gegen Abschiebehaft, an der ca. 40 Personen teilnahmen.

Reichsbürger*innen

Mitunter machen auch in Dresden und Umgebung Reichsbürger*innen von sich reden. Öffentliche Veranstaltungen organisieren diese nicht, es ist eher eine auf sich selbst fixierte, sich abkapselnde Szene. Reichsbürger fallen vor allem dann auf, wenn ihre Ablehnung der BRD und aller staatlicher Organisationen zu Konflikten mit ebenjenen führt. Dies passiert oft in Auseinandersetzungen mit Sachbearbeiter*innen in Behörden, oder bei Gerichtsprozessen auf Grund ignoriertes Strafbefehle o.Ä..

In Dresden fand beispielsweise die Polizei im September 2017 bei einer Durchsuchung eines 64-jährigen Reichsbürgers über 50 Waffen und mehrere hundert Schuss Munition. Im März 2018 gab es u.a. in Dresden Durchsuchungen bei Mitgliedern der Reichsbürgerszene die mit der "Deutschen Gesundheitskasse" eine eigene Krankenversicherung gegründet hatten. Im Jahr 2018 liefen noch Prozesse am Landgericht gegen Mitglieder der Reichsbürgerorganisation "Deutsches Polizeihilfswerk", das u.a. durch die Geiselnahme eines Gerichtsvollziehers bekannt geworden war. Reichsbürger*innen zeichnet oft eine starke Gewaltbereitschaft aus, es ist auch immer wieder von Waffenfunden die Rede. Es gibt also Grund zur Vorsicht, auch wenn deren politische Relevanz ansonsten nicht besonders hoch einzuschätzen ist.

Dritter Weg

Die Neo-Nazi-Partei "der dritte Weg" bemüht sich seit Jahren in Sachsen um den Ausbau ihrer Strukturen. In Südwestsachsen ist das teilweise auch schon recht gut gelungen. Auch im Raum Dresden scheint es einige Anhänger*innen der Partei zu geben. Beispielsweise wurde Petra Müller aus Radebeul, die lange Jahre für die NPD aktiv war zuletzt vermehrt auf "dritter Weg" Veranstaltungen gese-

hen. 2016 und 2017 hat es in Dresden Vorstellungsabende der Partei gegeben. Im Dezember 2017 gab es eine kleine Aktion der Partei, bei der ein als Weihnachtsmann verkleideter Nazi Geschenke mit "konsumkritischen" Flyern verteilte. Auch 2018 wurde wiederholt Propaganda des "dritten Wegs" in Dresden gefunden, u.a. Sticker in Gorbitz und Leuben.

Rechter Youtuber

Unter dem Pseudonym "Adlersson" betreibt der Dresdner Max Herzberg mehrere youtube-Kanäle (jeweils mit unterschiedlichen Namenszusätzen). Er filmt sich mal bei der Beurteilung von Messern, mal beim Auspacken von von Fans zugesandten Paketen oder einfach während seines Alltages mit seinen Kumpels. Herzberg bemüht sich darum die Behauptung er wäre unpolitisch aufrecht zu erhalten. Er vertritt in seinen Videos nicht nur rechte Positionen, er hängt auch schon jahrelang mit Nazis rum. So zum Beispiel mit Felix Friebel, der seit Jahren in der Naziszene aktiv ist, als Teil des Umfeldes der FKD gilt und bspw. bei den Randalen im August 2015 in Heidenau beteiligt war. Zu seiner Crew gehört auch Frederic Seibt, der ebenfalls seit Jahren auf Nazidemos auftaucht und sich selbst mit einschlägigen Shirts online darstellt. Auf diversen "Party-Pictures" ist Herzberg mit weiteren jungen Neo-Nazis zu sehen. Zum Umgang in seiner Crew, in der auch weitere "youtuber" involviert sind, gehören oft mal mehr mal weniger zweideutige Sprüche mit rassistischem, sexistischem oder antisemitischem Inhalt. Sexismus ist ohnehin zentraler Bestandteil der Sprache und auch der Themen der Herzberg-Gang. Dies wird auf zahlreichen Videos, u.a. mit Bezug auf die durch Herzberg initiierte Partyreihe "Mindestparty" deutlich. Abseits eigener Veranstaltungen geht Herzberg auch gern in der Neustadt feiern. Ende Oktober geriet Herzberg im Zusammenhang mit dem über ihn und seine Freunde gedrehten Dokumentarfilm "Lord of the Toys" in die Schlagzeilen. Auf dem Filmfestival "DOK Leipzig" wurde der Film ausgezeichnet, was angesichts Herzbergs Einstellung einigen Protest hervorrief. Unter anderem über dieses Thema sprach Herzberg in einem Interview mit dem ebenfalls auf youtube aktiven identitären Regionalleiter Sachsens Alexander "Malenki" Kleine Ende 2018.

Da Herzberg sich trotz (oder gerade wegen?) seiner diskriminierenden Äußerungen bei vielen, oft sehr jungen Leuten in Dresden großer Beliebtheit erfreut, muss er wohl noch mehr zum Gegenstand antifaschistischen Protests werden.

Fazit

Es zeigt sich, in Dresden hat sich ein breites Spektrum rechter Akteur*innen etabliert. Die meisten sind miteinander vernetzt und arbeiten -teilweise lieber nicht ganz so öffentlich- zusammen. Die Abgrenzung der Strukturen der "Neuen Rechten" zu in der Gesellschaft unstrittig als Neo-Nazis bezeichneten Gruppen wie NPD oder Freien Kameradschaften ist nichts weiter als ein Feigenblatt um Akzeptanz jenseits dieses Milieus zu finden. Das dies trotz zahlreicher, belegbarer Verbindungen gelingt zeigt auch, dass die Verschiebung des öffentlichen Diskurses über das "Sagbare" nach rechts bereits stark fortgeschritten ist. Mitunter macht es den Anhänger*innen des rechten Lagers schlicht nichts aus, als Nazis bezeichnet, oder mit diesen auf Veranstaltungen gesehen zu werden. Rechte und rechtsradikale Positionen wurden weit über die Neo-Naziszene hinaus salonfähig gemacht.

Das bedeutet auch, dass sich antifaschistische Strategien an diese Verhältnisse anpassen müssen. Erzielen unter den derzeitigen Gegebenheiten bspw. Outings noch ausreichend politische Wirkung? Geht bspw. die AfD aus militanten Aktionen gegen ihre Büros geschwächt, oder gestärkt hervor? Gelingen Bündnisse antifaschistischer Gruppen mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, müssen diese möglicherweise intensiviert werden? Können "rote Linien" im öffentlichen Diskurs, die von rechtsaußen eingerissen wurden, wieder aufgebaut werden? Wo sind unsere Ressourcen und unsere Kraft richtig investiert?

Diese und weitere Fragestellungen gilt es in antifaschistischen Zusammenhängen zu diskutieren.

Darüber hinaus muss der Fokus antifaschistischer Aktivitäten 2019 vor allem auf den stattfindenden Wahlen liegen. Mit der AfD könnte es einer rechtsradikalen Partei gelingen auf kommunaler oder auf Landesebene in Regierungsverantwortung zu gelangen. Zur Verhin-

derung dessen beizutragen, wird eine unserer wichtigsten Aufgaben in den kommenden Monaten sein.

¹ <https://naziwatchdd.noblogs.org/post/2018/04/27/vernetzungstreffen-europaeischer-nazis-in-sachsen-geplant/>

² <https://www.belltower.news/die-wichtigsten-player-rund-um-die-rechtsextremen-aufmaersche-in-chemnitz-49302/>

³ <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/rassistische-mobilisierungen-chemnitz-eine-einordnung>

⁴ <https://www.zeit.de/2017/17/hans-holger-malcomess-afd-rechtsextremismus-bundesgeschaeftsstelle/seite-2>

⁵ <https://www.volksverpetzer.de/bericht/identitaere-inszeniert/>

⁶ <https://naziwatchdd.noblogs.org/post/2018/11/23/burschis-im-southern/>

⁷ <https://www.stura.tu-dresden.de/ausgefuxt>

⁸ <https://www.saechsische.de/fdp-will-partieverfahren-gegen-genschmar-und-laessig-3996260.html>

Eingesendet von „Redaktionskollektiv“

Aktionen

Januar

- 7.: Aktivist*innen bringen in Löbtau Gedenktafeln in Feuerzeugform an, um auf die Todesumstände und Vertuschungen durch Polizei und Justiz des von Bullen ermordeten Oury Jalloh aufmerksam zu machen.
- 27.: Der Thor Steinar-Outlet in Dresden Löbtau wird mal wieder Ziel einer politischen Aktion. Aktivist*innen wollen den Ort zu einer temporären Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus machen und bekleben die Fassade mit Namen jener Menschen welche durch die Nationalsozialisten umgekommen sind.
- 27.: 30 - 40 Antifaschist*innen zogen durch Löbtau um verschiedenen Opfern und Widerstandskämpfer*innen würdig zu gedenken, welche durch Nazischergen ermordet wurden.

Februar

- 2.: Unter dem Motto: „Afrin du bist nicht allein! – Stoppt die Waffenexporte und die türkische Kriegspolitik!“ demonstrieren rund 500 Menschen vom Hauptbahnhof in die Dresdner Neustadt.
- 3.: Aus Solidarität spannen Aktivist*innen ein Banner mit der Aufschrift: „Einsetzen für Klimaschutz! #freehambi9“ vor die Universitätsbibliothek, um an die in U-Haft sitzenden Menschen aus dem Hambacher Forst zu erinnern.
- 10.: Am Rande des jährlich stattfindenden „Trauermarsches“ von Neonazis werden sechs Faschisten verprügelt, zwei erleiden so schwere Verletzungen das sie ins Krankenhaus eingeliefert werden müssen.
- 19.: Das „Kommando Berfin Zilan“ beschädigt die Scheiben des SPD Büros in der Dresdner Neustadt. Auf Indymedia heißt es dazu: „Wer mit Faschist*innen zusammenarbeitet, in Deutschland den Familiennachzug verhindert und im Dresdner Stadtrat gegen Menschen welche betteln müssen hetzt, der hat eh nichts anderes als unseren Hass verdient!“.
- 22.: Das AfD-Büro in der Wilsdruffer Straße wird mit schwarzen Schriftzügen im Eingangsbereich beschmiert.



Delegation durch Rojava – Einblicke in die Revolution der Frauen*



Im Juni 2018 fand eine internationale Frauendelegation durch Rojava / demokratische Förderation Nord – Syrien statt. Eingeladen hat die autonome Frauenstruktur der internationalistischen Kommune Rojava. Einige Dresdnerinnen waren Teil dieser Delegation und beschäftigen sich seit dem mit der Übersetzung und Verarbeitung des Gelernten auf den lokalen Kontext. Der folgende Text gibt einen groben Überblick über die Reise, um die verschiedenen Aspekte der Frauenrevolution in Nord Syrien zu beleuchten und deutlich zu machen, dass diese nicht nur aus dem bewaffneten Kampf besteht, sondern vor allem in den Köpfen stattfindet.

„Wenn man sich tatsächlich mit den Frauen, die lächelnd gegen den IS kämpfen, solidarisieren will, sollte man vielleicht damit beginnen, sich zu fragen, warum die Bewegung, die ihre Weltanschauung vertritt, international als terroristisch eingestuft wird.“ Dilar Dirik (über die YPJ)

Spätestens seit dem erfolgreichen Widerstand der kurdischen Kämpfer*innen der YPJ/ YPG gegen Daesh (sog. Islamischer Staat) in Kobanê, ist vielen Menschen auf der Welt bewusst, dass sich im Norden Syriens etwas bewegt. Wir kennen vielleicht die Bilder der bewaffneten Frauen* mit ihren bunten Blumentüchern oder wissen, dass die Angreifer*innen von Daesh vor den kämpfenden Frauen* der YPJ davon liefen, aus Angst nicht ins Paradies zu kommen. Aber der Aufbruch der Frauen* in Rojava bedeutet weit mehr, als nur den bewaffnete Kampf gegen Daesh. Die Revolution der Frauen* in Rojava findet nicht nur militärisch statt, sondern vor allem in den Köpfen und richtet sich nicht allein gegen Daesh, sondern vielmehr gegen die Unfreiheit der Menschen überall auf der Welt, gegen Ausbeutung, gegen die Zerstörung der Natur, gegen patriarchale Unterdrückung, schlicht: gegen das herrschende System. Die Grundlage der sozialen Revolution in Rojava bilden die Demokratische Autonomie sowie die Befreiung der Jugend und der Frau*. Dies wird ideologisch als Ausgangspunkt zur Überwindung des herrschenden Systems aus ethnischer Verfolgung, patriarchaler Unterdrückung, kapitalistischer Ausbeutung, Krieg und Umweltzerstörung gesehen. „Die Frau“ ist in dieser Analyse „die erste Kolonie“, was so viel bedeutet, dass seit tausenden von Jahren, Prozesse wie die Herausbildung des Patriarchats, Nationalstaaten, Kapitalismus etc. vor allem auf dem Rücken der Frauen* ausgetragen wurden und werden. Somit wird die Befreiung der Frau* und das damit einhergehende „Töten des Mannes in sich“ als grundlegende Säule der Befreiung der Menschen in Kurdistan gesehen. Daraus ergibt sich die Organisation der Frauen* in allen gesellschaftlichen Bereichen und ihre zentrale Rolle in der Revolution in Rojava.

Als internationale Frauendelegation besuchten wir im Juni 2018 verschiedene autonome Frauenstrukturen in Rojava. Wir waren unter anderem in Dêrik, Qamishlo, Kobanê, Jinwar oder Raqqa. Wir trafen Frauen* der HPJ, YPJ, Mala Jin, Kongra Star oder der Jineolojî. Die

Diversität der Frauenbewegung im Norden Syriens lässt sich nicht in einem Text festhalten oder überhaupt in einer so kurzen Reise verstehen. Trotzdem wollen wir kurz einzelne Beispiele beleuchten, um somit einen groben Einblick in die Vielschichtigkeit der Bewegung zu geben.

Mala Jin – Konfliktlösung im Interesse der Frauen*

Ein Beispiel der zivilen Organisierung von Frauen* ist Mala Jin. Übersetzt bedeutet Mala Jin soviel wie „Frauenhaus“, ist aber nicht vergleichbar mit den Frauenhäusern im europäischen Kontext. Es handelt sich hierbei um eine Art Mediation oder „Schiedsgericht“ im Interesse der Frauen*. Menschen können sich an Mala Jin wenden, wenn sie Hilfe bei der Lösung von Konflikten brauchen. Die Frauen* von Mala Jin versuchen dann zwischen den verschiedenen Konfliktparteien zu vermitteln und Lösungen für alle Betroffenen zu finden. Dabei steht das Interesse und die Unterstützung der Frauen* im Vordergrund. Ein Beispiel für ihre Arbeit in den letzten Jahren ist, den Frauen* die von Daesh verschleppt und misshandelt wurden zu helfen wieder in ihren Familien aufgenommen zu werden. In der zum Teil stark patriarchalen und frauenfeindlichen Gesellschaft im Norden Syriens war es für manche Frauen* die Opfer von Daesh geworden sind, nicht immer möglich nach ihrer Freilassung oder Befreiung in ihr früheres Leben zurück zu kehren, da ihnen von Seiten der Familie Ausgrenzung bis hin zum Tod drohte. Mala Jin arbeitet gemeinsam mit den Familien und betroffenen Frauen* um eine Lösung und vor allem Veränderung im Denken der konservativen Familien zu erzielen. Dabei geht es also erstens um eine reale Lösung und Verbesserung der Lebensumstände einzelner Frauen*, sowie um eine langfristige Veränderung von Einstellungen und Rollenbildern in der Gesellschaft. Mala Jin ist eine selbstorganisierte Interessenvertretung und muss immer wieder mit Anfeindungen leben, dennoch schafften sie über die Jahre ihre Anerkennung innerhalb der Gesellschaft auszubauen. Immer mehr Menschen (vor allem

Frauen*) wenden sich an sie bei Problemen und bitten um Unterstützung. Neben der realen Hilfe und Bildungsarbeit ist ein Ziel Mala Jins, dass die Menschen lernen selbstständig Konflikte und Probleme zu lösen, ohne eine Autorität zu benötigen. Mala Jin vertritt also selbstorganisiert die Interessen von Frauen*, versucht langfristig die patriarchalen Einstellungen innerhalb der Gesellschaft durch Bildungsarbeit zu verändern und fördert selbstständige Konfliktlösungen und Aushandlungsprozesse, fernab von Autoritäten.

Heza Parastina Jin – Kommunale Selbstverteidigung der Frau*

Die HPJ existiert seit 2014 und ist soviel wie die zivile Selbstverteidigungsstruktur innerhalb der Kommunen von und für Frauen*. Die Kommunen haben in der Regel eine gemischtgeschlechtliche Schutzstruktur (HPG) und eine autonome Frauenstruktur (HPJ). Sie gehören nicht zum Militär, sind aber dennoch für den Schutz der Nachbarschaften zuständig. Entstanden sind sie aus dem Wunsch heraus, neben dem Militär eine selbstorganisierte Verteidigung in den Kommunen zu haben. Meist sind die dort organisierten Frauen* die Mütter und älteren Frauen*, die nicht mehr in das Militär gehen, aber sich dennoch für die Sicherheit ihrer Nachbarschaft einsetzen wollen. Ihre Aufgaben sind Nachtschichten, die Betreuung von Checkpoints, die Begleitung von Demonstrationen und großen Festen, aber zur Not auch die Unterstützung der Kämpfe an der Front. Die HPJ ist bei all dem ein besonderer Ansprechpartner für Frauen*, aber für alle zuständig. Sie sind ausgebildet in Waffen und Selbstverteidigung, dieses Wissen geben sie außerdem an andere Frauen* weiter. Darüber hinaus arbeiten sie auch inhaltlich mit den Frauen* in den Kommunen, organisieren Weiterbildungen und versuchen die Frauen* zu stärken und überzeugen sich in den verschiedenen Strukturen zu organisieren. Die HPJ ist also eine aus der Gesellschaft entstandene Verteidigungsstruktur in den Nachbarschaften von und für Frauen*, die aber neben

körperlichen Schutz, gleichzeitig durch Bildung die Organisierung und Empowerment von Frauen* vorantreibt.

Jinwar – das Dorf der Frauen*

Am 25.11.2017, dem internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen, wurde Jinwar als autonomes Frauendorf gegründet. Am 25.11.2018 wurde es offiziell eröffnet. Jinwar ist ein Symbol des Widerstandes und Kampfes gegen das Patriarchat und Zeichen für ein friedliches, kollektives und selbstbestimmtes Leben. In Jinwar wird ein autonomes Leben unter Frauen* mit und ohne Kindern aufgebaut, welches auf gemeinsamer Ökonomie, Selbstbestimmung und -verwaltung fußt. Es gibt insgesamt 30 Häuser, ein Gemeinschaftshaus mit Lager und Küche, eine Akademie für Bildungen und Versammlungen und Schulen für die Kinder. Außerdem gibt es einen Garten, ein Naturheilkundezentrum und eine kleine Bäckerei. Noch ist alles im Aufbau, viele Dinge sind noch nicht fertig oder werden noch diskutiert. So sollen verschiedene Kooperativen entstehen (wie eine Bäckereikooperative) die kollektives Wirtschaften auch für die Frauen* außerhalb des Dorfes ermöglichen. Der Garten soll irgendwann die Versorgung gewährleisten und die Schulen sollen in Zukunft auch für die Kinder der angrenzenden Kommunen geöffnet werden. Jinwar wirkt also nicht nur auf die Frauen* die dort leben, sondern auch auf die gesamte Umgebung. Es ist Zufluchtsort für Frauen*, aber gleichzeitig auch Symbol des Aufbruchs und Hoffnung auf eine selbstbestimmte Zukunft ohne Gewalt und Unterdrückung.

Jineolojî – Die Wissenschaft der Frau*

Jineolojî bedeutet soviel wie „Wissenschaft der Frau*“. Sie ist eine recht neue Wissenschaft, die versucht altes verlorenes Wissen wiederherzustellen, neues Wissen über die Rolle der Frauen* innerhalb der Geschichte zu generieren und gleichzeitig sich an westlichen Feminismen zu orientieren. Grundlage dafür ist die Annahme, dass

die heutige Wissenschaft keinesfalls objektiv, sondern u.a. stark patriarchal und kolonialistisch geprägt ist. Wissen über Frauen*, kollektive Lebensformen, kolonialisierte Kulturen und vieles mehr waren nie Teil der anerkannten Geschichtsschreibung und Wissenschaften. Damit ist viel Wissen verloren gegangen und muss auf dem Weg zu freieren Gesellschaften erforscht werden. Deswegen beschäftigt sich die Jineolojî mit der Geschichte der Frauen* im mittleren Osten, dem Leben der Guerilla (Kämpferinnen in den Bergen Kurdistans), aber auch mit feministischer Wissenschaft. Auf der einen Seite steht die Forschung, auf der anderen die Wissensweitergabe. So sind Weiterbildungen ein großer Bestandteil der Jineolojî, diese beschränken sich aber nicht nur auf die Vermittlung theoretischen Wissens, sondern umfassen sportliche Angebote, Fahrrad- und Autofahrkursen, Schwimmkursen und vieles mehr. Ziel ist die Stärkung und Bildung von Mädchen* und Frauen*, je nach ihren Bedürfnissen. Die Jineolojî ist außerdem international vernetzt und auch durch Kongresse und verschiedene Netzwerke verstärkt in Europa vertreten. Ziel der Jineolojî ist keineswegs nur der lokale Kampf für und mit kurdischen Frauen*, sondern der Aufbau einer globalen feministischen Bewegung.

Die Frauenrevolution in Rojava – mehr als nur Bilder mit Kalaschnikov?

Wir kennen die Bilder der kämpfenden Frauen* der YPJ mit Kalaschnikov. Oft sind diese für viele das Symbol von Freiheit und Revolution. Manche denken sie werden nur vorgeschoben, um Solidarität zu erzeugen. Wir wollen abschließend kurz auf die Rezeption dieser Bilder eingehen. In Rojava findet eine Frauenrevolution statt. Diese bemisst sich aber nicht in erster Linie daran, dass Frauen* sich bewaffnen. Dies ist Teil eines Aufbruchs, der viel tiefer geht und einem Kampf, der in allen Teilen der Gesellschaft geführt wird. Das Frauen* Waffen in die Hand nehmen und kämpfen bricht global mit einem Tabu. Dadurch werden die Kämpferinnen*

der YPJ international zur Zielscheibe der patriarchalen Kriegsführung. Sie setzen sich Angriffen auf allen Ebenen aus, auf dem Schlachtfeld, in den Familien, in den Medien. Dennoch sind sie nur Teil eines breiten Kampfes gegen Herrschaft und Fremdbestimmung, auf dem Weg in ein friedliches, radikal-demokratisches, kollektives und selbstbestimmtes Leben. Die aufgezählten Beispiele sollen zeigen, wie divers der Widerstand der Frauen* in Rojava ist. Es geht nicht nur um den bewaffneten Kampf. Die Frauen* Rojavas organisieren sich gemeinsam um der allumfassenden Unterdrückung entgegenzutreten und dies auf allen Ebenen des Lebens. Dabei geht es nicht nur um die eigene Bewaffnung. Hinter allem steht die gegenseitige Weiterbildung und Wissensvermittlung. Frauen* bilden sich selbst, ihre Ehemänner*, Brüder und Familien, ihre Genoss*innen und die Gesellschaft, um das patriarchale System zu überwinden. Es geht um Freiheit, um die Verteidigung der bereits gewonnenen Freiheiten und dem Schutz des radikal-demokratischen Projektes in Rojava. Dies ist nicht allein mit Waffen möglich, dazu gehört viel Geduld und radikale Veränderung des Denkens. Es gibt Frauenkooperativen um der kapitalistischen Ausbeutung etwas entgegenzusetzen und Frauen* unabhängig vom Lohn der Ehemänner zu machen, es gibt Akademien die Wissen und Fähigkeiten vermitteln welche Frauen* sonst gesellschaftlich verwehrt werden, politische Vertretungen und Strukturen die ihnen die Autonomie und Partizipation ermöglichen. Der Kampf der Frauen* im Norden Syriens besteht aus der Verteidigung ihres Lebens, dem Aufbau einer eigenen Zukunft, der Befreiung der Köpfe und dem Verlernen der patriarchalen Einstellungen innerhalb der Gesellschaft. Dies alles ist nur durch eine gemeinsame feministische Bewegung, militant und zivil, möglich. Reden wir also von Solidarität mit der Bewegung in Rojava, kommen wir am Feminismus und einer inhaltlichen Auseinandersetzung damit nicht vorbei.

Weitere Berichte über die Frauendelegation findet ihr auf der Homepage des Internationalistischen Zentrums Dresden: iz-dresden.org

Eingesendet von „internationalistische Frauen“*

Aktionen

März

- 8./9.: Anlässlich des Frauentages verschönern Aktivist*innen die Stadtteile Neustadt und Löbtau.
- 15.: Aktivist*innen des Anarchistischen Netzwerk Dresden (AND) verteilen am internationalen Tag gegen Polizeigewalt am Albertplatz einige Flyer bezüglich der anstehenden Änderung des sächsischen Polizeigesetzes.
- 20.: Etwa 200 Menschen demonstrieren durch Dresden Löbtau, um gegen das Vorgehen der türkischen Armee in der Stadt Afrin zu protestieren.
- 26.: In Gedenken an die Opfer des Nationalsozialistischen Untergrunds werden in Dresden 10 Straßen symbolisch umbenannt. Die Aktion ist Teil der bundesweiten Kampagne „Kein Schlussstrich!“. Ziel ist es „auf die fehlende politische Aufarbeitung des behördlichen, institutionellen und gesellschaftlichen Versagens im NSU-Komplex aufmerksam zu machen“.
- Unbekannt.: Aktivist*innen solidarisieren sich mit den kurdischen Befreiungskampf in Rojava und gestalten Stromkästen in Gelb Rot-Grün um.
- Desweiteren wird das SPD Büro in Löbtau mit "Anti Erdogan Deal" Parolen und "Fuck SPD" verzieht.

April

- 13.: Auf der Blasewitzer Straße brennt ein Auto der Firma Thyssen Krupp, im Internet ist zu lesen das diese Firma: „mit ihren machenschaften (...) direkt an dem krieg gegen die ypj und ypg beteiligt“ ist.
- 13.: Das Haus der Landtagsabgeordneten Karin Wilke (AfD) wird zu ihrem 65. Geburtstag mit Farbe attackiert. In einem Bekennerschreiben wird dazu aufgerufen der AfD auf allen Ebenen den Kampf anzusagen. Die Presse berichtet das ein Sachschaden von mehreren tausend Euro entsteht.
- 19.: Ein Frauenteam entglast in Dresden Trachau eine Filiale der deutschen Bank. Sie solidarisieren sich mit der Revolution in Rojava und dessen Kampf gegen das Patriachat.

25.: Auf einer Baustelle an der Lennéstraße in der Dresdner Seevorstadt werden 30 Fenster zerschlagen, der Neubau rund ums „Ackis“ wird nicht nur von Dynamo Fans kritisch betrachtet - rund 25.000 Euro Sachschaden.



Politische Situation und Repression in Russland

Es ist schwierig über Russland und die momentanen Ereignisse dort zu sprechen. Es ist anzunehmen, dass Menschen einige Nachrichten gelesen haben und der Rest eigentlich erfragt werden kann. Aber wie auch immer, wir wurden gefragt, einen Beitrag über die aktuelle politische Situation zu verfassen und wir versuchen unser Bestes, dem gerecht zu werden und euch wenigstens einen Überblick zu geben.

Ansonsten wünschen wir euch ein kämpferisches Jahr 2019. Wir haben viel zu tun damit die Putinfans ihre Idee eines autoritären Staates in Sachsen nicht so schnell umsetzen können.

Wir können erst frei sein, wenn alle frei sind!

Euer ABC Dresden

Putin und Co.

Wenn über Russland geredet wird, führt wohl an diesem Namen nichts vorbei. Es gibt wohl kaum Personen, die noch nicht von Vladimir Putin gehört haben. Von einigen als Retter empfunden, wird er von anderen als Teufel verflucht. Die Liebe für Putin reicht dabei weit über die ehemaligen Länder der Sowjetunion hinaus bis in den Westen. Neben der einfachen Bevölkerung sind auch politische Parteien vom linken bis zum rechten Lager versessen darauf, mit dem ehemaligen Agenten des KGB zusammenzuarbeiten. In Deutschland sind sowohl AFD als auch Die Linke in vielen Fragen Unterstützende von Russland. Auch Merkel, trotzdem sie manchmal Kritik an Putin übt, wird nicht als seine direkte Feindin wahrgenommen.

Putin kam an die Macht, als die Herrschaft eines anderen umstrittenen Präsidenten - Boris Jelzin - endete. Die Machtübertragung war ein sehr großes Ereignis und wurde nicht nur in Russland, sondern auch in das gesamten Gebiet der ehemaligen Sowjetunion übertragen. Am 31. Dezember 1999 hielt Jelzin seine Neujahrsansprache als Präsident, welche normalerweise live auf den meisten Sendern ausgestrahlt wird. Fünf Minuten vor Neujahr verkündete Jelzin, dass er sich von seinem Amt zurückziehe, da er

müde und erschöpft sei. Jelzin übertrug seinem damaligen Premierminister die Regierungsgeschäfte: Vladimir Putin. Auf Grund des Rückzugs des Präsidenten wurden Neuwahlen abgehalten, in welchen Putin seine erste Präsidentschaft gewann. Obwohl von vielen als direkter Nachfolger der liberalen ökonomischen und sozialen Politik Jelzins angesehen, begann Putin, das Land langsam zurück auf einen autokratischen Weg der Herrschaft zu führen. Diese Politik verwandelte Russland innerhalb der letzten 18 Jahre in den autoritären Staat, wie wir ihn heute kennen.

Antifaschist*innen

In den Augen von Linken oder Anarchist*innen aus Deutschland sind die russischen Antifaschist*innen Helden, welche in einem ungleichen Kampf sterben. Dieses Narrativ wurde einerseits von russischen Antifaschist*innen selbst geschaffen, andererseits ist es aber auch aus der Interpretation der Fakten entstanden, die der deutschsprachigen Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wurden.

Die antifaschistische Bewegung entstand in Russland, wie auch an vielen anderen Orten als direkte Antwort auf die Bedrohung durch Naziangriffe auf subkulturelle Jugendliche. Einige Menschen, die dieser Angriffe überdrüssig waren, fingen an sich zu organisieren und im wörtlichen Sinne zurück zuschlagen. Das war zu Beginn der 2000er. Die Menschen die in diese Aktivitäten involviert waren, waren auch an anarchistischen und antifaschistischen Ideen interessiert. Am Anfang liefen die Dinge noch nicht so wie sie sollten, oft gewannen die Nazis in den Straßenkämpfen die Überhand, aber die Bewegung wuchs langsam an. Nach einigen Jahren konnten Nazis nicht mehr bei Konzerten erscheinen. Es gab immer noch Straßenkämpfe, aber die Antifaschist*innen begannen eine Bewegung zu stellen, die die Nazis zurückdrängen und von den vielen Angriffen auf Migrant*innen abbringen konnte.

Im Zeitraum von 2005 bis 2012 wurden 10 Antifaschist*innen als Resultat der konstanten Konfrontationen mit Nazis umgebracht. Von 2007 bis 2009 töteten Nazis 2 Antifaschist*innen pro Jahr. 2008 war dann das blutigste Jahr, als 4 Menschen umgebracht wurden. Jeder dieser Morde könnte Thema eines ganzen Buches sein. Es ist hier

allerdings erwähnenswert, dass mindestens eine Nazigruppe, welche Ende 2000 aktiv war und mindestens 6 Menschen umgebracht hat, direkten Kontakt vom Kremlin und Putins Regierung hatte.

Nach 2010 nahm die Gewalt auf den Straßen langsam ab. Einige der Naziführer*innen und faschistischen Gruppen landen im Knast, andere wurden von der Regierung angeworben und in das bestehende politische System integriert. Die Zeit der Nazi- Skinheads nahm langsam ab.

Mit dem Rückgang der Nazipräsenz auf der Straße und der Abnahme der direkten Gefahr, wurden die Unterschiede in den antifaschistischen Gruppen deutlich. Der erste Bruch geschah beim Thema Patriotismus. Einige Musikgruppen, wie Moscow Death Brigade und 210 fingen an eine patriotische Seite innerhalb der Antifaschist*innen zu entwickeln. Das Konzept "Russen gegen Faschismus" war eine Mischung aus progressiver Politik und dem Versuch sich vom anarchistischen Einfluss, welcher zu der Zeit innerhalb der Bewegung relativ groß war, weg zu bewegen. Dies war dann der Punkt, von dem sich zwei Lager entwickelten - eines, dass Antifaschismus mit progressiven anarchistischen und linken Ideen füllen wollte und ein patriotisches, welches versuchte die Formel "Unsere Großväter haben den zweiten Weltkrieg gewonnen, also gewinnen wir auch" zu etablieren.

Im Ukraine Krieg 2014, erreichten die Differenzen innerhalb der antifaschistischen Bewegung dann ihren Höhepunkt. Einige der Patrioten waren der Überzeugung, dass sie Russland im Kampf gegen die faschistische Hunta unterstützen müssen. Tatsächlich formierte sich ein kleiner Teil der ehemaligen Antifaschist*innen um im Donbass an der Seite Russlands zu kämpfen. Die übriggebliebenen Teile der politischen Bewegung standen hinter klaren Antikriegspositionen, welche in erster Linie darauf abzielten die Aggressionen von Putin in der Region zu stoppen. Dieser Konflikt innerhalb der russischen Antifa führte somit 2014 zur weiteren Zerspaltung der antifaschistischen Bewegung im Land.

Es sind immer noch einige Menschen da, die schon vor 2014 aktiv waren und versuchen, den Spirit des Antifaschismus aufrechtzuerhalten, allerdings hindert das Ausmaß der Repression durch den russischen Staat und die Abwesenheit einer direkten Bedrohung durch Nazis die weitere Entwicklung und das Wachstum der Bewegung.

Anarchist*innen

Mit dem Fall der Sowjetunion und der damit verbundenen neuen Meinungsfreiheit erlebte das Land eine neue Welle des Anarchismus. Es wäre falsch, zu behaupten, es gab keine Anarchist*innen in der Sowjetunion, jedoch waren ihre Aktivitäten hauptsächlich akademischer Tätigkeit und wenige Informationen sind aus dieser Zeit erhalten geblieben. Trotzdem begannen seit 1991 mehrere große anarchistische Organisationen an sozialen Kämpfen im Land teilzunehmen.

Es ergibt keinen Sinn, alle namentlich aufzuzählen, aber zumindest Autonome Aktion soll hier genannt werden, eine Organisation aus libertären Kommunist*innen, welche in Russland als Medienprojekt noch immer aktiv sind. Der Machtzuwachs des russischen Staates führte jedoch zu immer mehr Repressionen gegen die politische Opposition und somit auch gegen Anarchist*innen und Antifaschist*innen. Wellen der Repression im Jahr 2009 auf Grund ökologischer Kämpfe um Moskau und im Jahr 2012 wegen Anti-Putin Protesten führten dazu, dass viele Verhaftungen stattfanden und dass es mehrere Wellen der Auswanderung von Aktivist*innen gab, da die direkte Bedrohung der Verfolgung bestand. Darüber hinaus befanden sich mehrere Aktivist*innen in Gefangenschaft.

Durch die Repression und inneren Konflikte erfuhr die Bewegung von 2012 einen Rückgang. Einer der größten Konflikte entstand durch den Versuch, anarchistische Ideen mit Nationalismus zu verbinden. Dies führte zum Rückzug einiger Aktivist*innen und später zur Spaltung der Autonomen Aktion, da antifeministische und homophobe Positionen von einigen Mitgliedern der Organisation vertreten wurden. Nach der Spaltung vertritt Autonome Aktion die Position, gegen jede Form von Diskriminierung zu kämpfen, wäh-

rend sich eine neue Organisation, die sich als Narodnaya Saboorna (Selbstverteidigung der Bevölkerung) gründete, sich auf den Klassenkampf fokussiert.

Der Krieg in der Ukraine provozierte für die anarchistische Bewegung im Gegensatz zur antifaschistischen keine ernsthafte Spaltung - die meisten Anarchist*innen nahmen den Konflikt als eine direkte Aggression Putins in dieser Region wahr, als Antwort auf einen Machtverlust des pro-Putin eingestellten Präsidenten Yanukvich in der Ukraine.

Momentan besteht die anarchistische Bewegung in Russland aus mehreren Gruppen, welche hauptsächlich im Internet aktiv sind. Einige der Menschen versuchen noch immer, sich an sozialen Kämpfen vor Ort zu beteiligen. Jedoch machen die Aktivitäten der politischen Polizei von ‚Center E‘ (Abteilung der Polizei zur „Extremismusbekämpfung“) und dem russischen Geheimdienst FSB es immer schwerer, jede Art von politischer Arbeit im Land zu betreiben.

Folter

Staatliche Folter ist in Russland nichts Neues.

Sie fand in der gesamten Geschichte des modernen russischen Staates statt. Darum erzeugte ein kürzlich erschienenenes Video, auf welchem zu sehen ist, wie 12 Gefängniswärter mit Schlagstöcken einen Gefangenen für 15 Minuten verprügeln, einerseits viel Aufmerksamkeit und einen Shitstorm innerhalb des Innenministeriums, aber auf der anderen Seite war dies für viele Menschen nichts Neues.

Menschen werden täglich nicht nur in Gefängnissen, sondern auch auf Polizeirevierern, in Autos oder in den FSB Festnahmezellen gefoltert. Manchmal werden Menschen entführt und im Wald verprügelt. Von Zeit zu Zeit erreichen solche Foltervorfälle die Öffentlichkeit, das erschüttert dann das System ein wenig, aber das ändert nichts an der Situation.

Für lange Zeit galt die Folter von politischen Gefangenen als Tabu, da sie diejenigen waren, die sofort eine Medienöffentlichkeit schaffen würden. Dies würde dem Image von Putin nicht nur in Russland selbst, sondern auch im Ausland schaden. Daraus resultierend war direkte Gewalt gegen Festgenommene undenkbar, obwohl es bis 2015/16 zu vielen Festnahmen kam. Das war auch die Ursache, weshalb politische Aktivist*innen nicht damit gerechnet haben, dass es sie so treffen könnte.

Im Jahr 2017 begann der FSB eine ausgeweitete Operation gegen die sogenannte anarchistische Organisation „Netzwerk“. Die Geheimpolizei behauptete, sie habe Informationen über mehrere Gruppen in Russland und Belarus, welche mehrere terroristische Anschläge während der Präsidentschaftswahlen und der FIFA Weltmeisterschaft 2018 planten. Obwohl sie schon im Herbst 2017 anlief, kam die Operation erst Beginn 2018 ans Licht, als mehrere Antifaschist*innen und Anarchist*innen in St. Petersburg festgenommen und gefoltert wurden. Nach diesen Ereignissen kamen auch immer mehr Informationen über Penza, eine Stadt, welche sich 625 km süd-östlich von Moskau befindet, zu Tage. Dort befanden sich 6 Personen schon seit Herbst 2017 in Haft. Sowohl in St. Petersburg als auch in Penza begannen die Festgenommenen, Geständnisse zu unterschreiben, welche ihre Schuld zu terroristischen Vorhaben einräumte. Als jedoch Anwälte und unabhängige Beobachter*innen die Festgenommenen im Gefängnis besuchten, stellten sie fest, dass die Antifaschist*innen mit Elektroschockern, physischer und psychologischer Gewalt gefoltert worden sind. Mindestens in einem Fall in Penza wurde berichtet, dass der FSB während einer Befragung unbekannte Drogen verabreicht hatte.

Eine öffentliche Kampagne wurde ins Leben gerufen, um die allgemeine Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf das Thema Folter durch den FSB zu lenken.¹ Mit Unterstützung von Außen veröffentlichten die meisten inhaftierten Antifaschist*innen und Anarchist*innen öffentliche Statements über Folter, formulierten Beschwerden und nahmen ihre zuvor unter Folter gegebenen Geständnisse zurück. Die Aufmerksamkeit der Medien konnte jedoch nicht verhindern, dass der FSB weiterhin Druck auf die Verhafteten

ausübte. Innerhalb der Gefängnisse sind sie mit weiteren Problemen konfrontiert, nicht nur von Seiten der Gefängnisleitung, sondern auch von Seiten der Gefangenen, welche mit den Wächtern kooperieren. Diese Taktik wurde seit der Sowjetunion benutzt, um bestimmten Gefangenen Privilegien zu gewähren, im Gegenzug zur Kooperation mit der Gefängnisleitung.

Neben denen, welche im Moment im Gefängnis sind, gibt es mehrere Dutzend Anarchist*innen und Antifaschist*innen, welche durch die Angst vor Verfolgung und Folter gezwungen waren, das Land zu verlassen. Sie sind in Europa verstreut, einige verstecken sich noch immer in Russland.

Nach Untersuchungen der Folterfälle im „Netzwerk“-Fall kamen einige Journalist*innen zu dem Schluss, dass der FSB momentan einen Freifahrtsschein für die Anwendung von Folter in Fällen hat, wo die Beschuldigten terroristische oder extremistische Vorwürfe treffen. Das trifft nicht nur für die antifaschistische und anarchistische Bewegung zu, sondern auch für rechtsradikale Bewegungen. Parallel zum „Netzwerk“-Fall nahm der FSB Menschen der Gruppe „Novoye Velichie“ (Neue Großartigkeit), fest, einige rechtsradikale Jugendliche sehen sich nun den gleichen Vorwürfen wie im „Netzwerk“-Fall konfrontiert – geplante terroristische Anschläge, um die russische Regierung zu stürzen. Die detaillierten Beschreibungen von Eltern der Verfolgten über die Folter allein bei der Festnahme während der Razzien zeigen, dass die Geheimpolizei keine Angst davor hat, dass diese Informationen in der Öffentlichkeit präsent sind.

Über den „Netzwerk“-Fall hinaus

Neben dem „Netzwerk“-Fall verfolgt die Polizei weiterhin verschiedene politische Aktivist*innen auf der Krim. Eine der Zielgruppen sind Anarchist*innen. Evgeny Karakashev ist ein Anarchist aus Evpatoria, welcher im Februar 2018 verhaftet wurde. Laut Polizei verteilte er Texte, welche Hass und Feindschaft verbreiteten und Terrorismus rechtfertigten. Dies basierte auf Informationen, welche von der Polizei auf dem russischen sozialen Netzwerk Vkontakte gesammelt wurden.²

Das Selbstmordattentat auf das FSB Büro in Arkhangelsk durch den Anarchisten Mikhail Globitski führte ebenfalls zu einer Repressionswelle. Obwohl die Tat nicht in Zusammenhang mit irgendeiner politischen Gruppe in Russland stand, hackte und übernahm die Polizei eine offene Gruppe eines Telegramm-Chats von Anarchist*innen. Damit erlangten sie Zugang zu den Telefonnummern aller Mitglieder der Gruppe und begannen damit, einzelnen Personen Besuche abzustatten, welche in der Gruppe eingeschrieben waren.

Einen Tag nach dem Anschlag erschienen online mehrere Texte, welche sich unterstützend zur Aktion äußerten. In Verbindung mit mindestens einem der Texte wurde ein Anarchist festgenommen, mit dem Vorwurf, Terrorismus zu rechtfertigen, was im russischen Recht eine Straftat darstellt. Ein Freund von Mikhail Globitski wurde in Moskau ebenfalls verhaftet, mit dem Vorwurf, einen terroristischen Anschlag zu planen. Beide Personen werden bis zum Prozess in Untersuchungshaft verbleiben.

Am 26. Oktober 2018 wurde der Anarchist Ilia Romanov zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt, für öffentliches Aufrufen zu Terrorismus. Romanov wurde zuerst 2013 in Russland für die Herstellung von Sprengstoff zu 10 Jahren verurteilt, wobei der FSB behauptete, er plane die lokale Verwaltung in seiner Heimatstadt in die Luft zu sprengen. Die zweite Anklage im Jahr 2018 wurde erhoben, während er noch sein erste Strafe ableistete. Der Vorwurf war Verbreitung von djihadistischen Videos auf Facebook und Verbreitung eines Videos mit Voodoo Ritualen. Ilia bekannte seine Schuld nicht. Ein Teil seiner neuen Strafe wurde zur alten dazu gezählt und nun muss er noch mindestens für die nächsten 8 Jahre im Knast bleiben.

Die Aktivitäten der russischen politischen Polizei gehen weit über die Verfolgung im rechtlichen Rahmen hinaus. Soziale Netzwerke werden ein neues Schlachtfeld - FSB und „Center E“ posten kontinuierlich mit Fake-Accounts Informationen über Anarchist*innen und Antifaschist*innen. Nach dem Attentat in Arkhangelsk veröffentlichte der FSB in einer Gruppe auf Vkontakte ein Bild mit dem blutverschmierten Körper von Mikhail Globitski und machte sich über ihn lustig.

Sollte ich helfen?

Obwohl diese Frage hier nicht einmal auftauchen sollte, scheint es so, dass viele Linke und Anarchist*innen sie stellen. Es geht weniger darum ob du helfen solltest oder nicht, sondern viel eher darum, wie du denen helfen kannst, die momentan eine massive Welle der Repression erfahren, welche das klare Ziel hat, Anarchismus einmal mehr aus der russischen Gesellschaft auszulöschen.

Finanzielle Unterstützung ist ein wichtiger Teil davon. Geld wird nicht nur für Anwält*innen benötigt, sondern auch für Pakete mit Essen und für die gesamte Solidaritäts-Infrastruktur, welche um den Fall besteht. Du kannst für verschiedene Fälle auf der Seite der Anarchist Black Cross Moskau spenden -

https://wiki.avtonom.org/en/index.php/Anarchist_Black_Cross_Moscow.

Die Personen, welche im Gefängnis sitzen, brauchen ebenfalls deine Aufmerksamkeit und Unterstützung. Schreib wenigstens eine Postkarte mit solidarischen Grüßen, um die Isolation, welche im Knast herrscht, zu brechen. Darüber hinaus kannst du auch damit beginnen, Briefe in einem gewissen zeitlichen Abstand an Gefangene zu schicken. Informationen über Personen, welche im Knast sitzen und wer welche Sprache spricht und weitere wichtige Informationen kannst du beim ABC-Moskau oder der Anti-Repression-Kampagne erhalten. Selbst wenn du keine andere Sprache als Deutsch sprichst, kannst du trotzdem zu Veranstaltungen in Dresden oder in deiner Stadt gehen, wo gemeinsam Briefe/Postkarten geschrieben werden. Personen vor Ort werden sich darum kümmern, dass deine Worte in eine Sprache übersetzt werden, welche die Gefangenen verstehen.

Und bleibe aktiv und kämpfe weiter, denn die beste Solidarität, welche Menschen haben können, ist die Fortführung ihrer Kämpfe!

¹ <https://rupression.com/en/>

² <https://avtonom.org/en/news/support-political-prisoner-anarchist-evgeny-karakashev>

Eingesendet vom „Anarchist Black Cross Dresden“

Aktionen

Mai

31.: Die Geschäftsstelle des AfD auf der Wilsdruffer Straße 11 wird mit roter Farbe besprüht. Auf der Fassade ist „Nicht nur ganz Berlin hasst die AfD“ zu lesen.

Unbekannt: Aktivist*innen schicken Soligrüße an Demonstrierende in Bayern gegen das neue Polizeigesetz.

Juni

3.: 400 Menschen demonstrieren durch die Dresdner Innenstadt gegen Abschiebezentren.

9.: Passend zum Tag der Bundeswehr brennen an der Stauffenbergallee, Ecke Rudolf-Leonhard-Straße, zwei BUNDI Fahrzeuge.

18.-23.: In Dresden Löbtau findet eine „Recht auf Stadt“-Veranstaltungswoche statt. Neben Vorträgen u.a zu Vonovia oder die Rechte Szene im Dresdner Westen, findet die Woche in einer Tanzdemo mit ca. 100 Teilnehmer*innen ihr Ende.

Unbekannt: „Revolutionäre Jugendliche“ attackieren in Dresden Bühlau eine Commerzbank und schlagen alle Scheiben ein. Im Bekenner schreiben heißt es: „Die Commerzbank hat die Produktion von Leopard 2 Panzern unterstützt, welche unter anderem im Angriffskrieg auf Efrîn von den Faschist*innen genutzt wurden.“





Debatte: Antifa endgültig am Ende?

Unter der Überschrift „Warum wir nach Ostritz fahren...“ begründete die "Undogmatische Radikale Antifa Dresden" (URA), am 11. April 2018, ihre Reise zu den Gegenprotesten des „Schild & Schwert“ Nazifestivals in Ostsachsen (<https://ura-dresden.org/warum-wir-nach-ostritz-fahren/>). In diesem Text teilte die Gruppe ihre Beweggründe, weshalb sie sich an den bürgerlichen Protesten von „Rechts rockt nicht“ beteiligen werden. Aufgrund einer anderen Position bezüglich Protesten, bürgerlichen Bündnissen, dem Staat und dessen Verstrickungen zum Rassismus haben wir uns dazu entschlossen eine kritische Reaktion zu veröffentlichen. Um einen Diskurs innerhalb der „Szene“ anzuregen haben wir diesen Text im November der URA zukommen lassen. Die Intension lag in einer offenen Diskussion im Rahmen des diesjährigen AON.

Antifa endgültig am Ende?

Unter der Überschrift „Warum wir nach Ostritz fahren...“ begründet ihr am 11. April 2018 die Unterstützung des bürgerlichen Protests "Rechts rockt nicht" gegen das „Schild & Schwert“ Neonazifestival in Ostsachsen. Wir stehen dem Text kritisch gegenüber und haben unsere Position dazu aufgeschrieben. Unsere Intention war es mit unserem Text eine Auseinandersetzung anzuregen, wir wollen damit niemanden persönlich angreifen oder diskreditieren. Wir beobachten aber eine Entwicklung der "Antifaszene", welche wir kritisch sehen und beeinflussen wollen. Der Text zu den Protesten in Ostritz steht sinnbildlich dafür was unserer Meinung nach schief läuft. Wir wollen mit unserer Einschätzung nicht nur Missstände aufzeigen, sondern auch Lösungsansätze und andere Wege vorschlagen.

Situation

Als die neonazistische Szene im April 2018 nach Ostritz (Ostsachsen) zum Festival „Schild & Schwert“ einlud, folgten dem rund 1500 Teilnehmer*innen. Bereits im Sommer 2017 fand "Rock gegen Überfremdung II" mit 6000 Teilnehmer*innen und 2018 die "Tage der Nationalen Bewegung" mit 2300 Teilnehmer*innen statt.

Die Gegenproteste waren bei allen Veranstaltungen klein, die meisten gingen über ein bürgerliches Fest oder eine Demonstration nicht hinaus. Auch nach Ostritz reisten trotz bundesweiter antifaschistischer und bürgerlicher Mobilisierung, gerade einmal 1500 Gegendemonstrant*innen. An diesem Punkt wird für uns sehr deutlich, mit welchen Themen sich die antifaschistische Bewegung in den kommenden Jahren auseinanderzusetzen hat. Zum einen, ist die neonazistische Szene nicht etwa „tot“, sondern konnte sich den gesamt gesellschaftlichen Rechtsruck zu Nutzen machen und ist gestärkt aus den letzten Jahren hervor gegangen. Zum Anderen setzen Neonazis vermehrt auf stationäre Veranstaltungsorte. Großdemonstration allein von rechtsradikalen Kräften werden selten noch angemeldet. Zu beobachten ist dabei, dass sich radikale Kräfte lieber dem „bürgerlich“ getarnten Protesten anschließen (wie bspw. in Chemnitz). Auch zeigen diese Veranstaltungen, dass „die Antifa“ keine erfolgversprechenden Ansätze gefunden hat, wie sie gegen solche Events und die zunehmende Nazigewalt im Alltag (präventiv) vorgehen soll. Den Grundsätzen der 1980er Jahre entgegen, als "Antifa noch Angriff hieß", tauchen antifaschistische Gruppen dadurch zunehmend als einer von vielen kleinen bürgerlichen Akteuren auf.

„Die Szene“

In Hinblick auf den 2014 stattgefundenen Kongress "Antifa in der Krise" sahen sich Teile der (radikalen) antifaschistischen Bewegung am Ende. In Folge dessen lösten sich mehrere bekannte Gruppen auf oder verschwanden in der Bedeutungslosigkeit. Dieser Prozess der Veränderung löste bei vielen alteingesessenen Antifaschist*innen den Gedanken einer Neustrukturierung nach dem Vorbild der 1980er aus. Andere appellierten an einen gänzlichen Erneuerungsprozess und eine stärkere Annäherung an ein bürgerliches Spektrum. Wieder andere glaubten daran, dass es eine Antifa-Bewegung, als solches, nicht mehr geben bräuchte. Zumindest Letztere lagen, wie die letzten Jahre bewiesen, mit ihrer Einschätzung falsch.

Radikaler antifaschistischer Protest, scheint mittlerweile fast komplett verschwunden zu sein, wenn wir auf die Arbeit der Antifa Bewegung gegen Neonaziveranstaltungen schauen, welche im Anschluss an diese interne Diskussion stattfanden. Als einer der

wenigen Lichtblicke steht der Dezember 2015 in Leipzig, als Neonazis durch das Szeneviertel Connewitz laufen wollten aber dieses gar nicht erst erreichten. Leipziger Aktivist*innen nahmen den Slogan „Auf allen Ebenen und mit allen Mitteln“ damals wirklich ernst. Sie stellten eine eigene Struktur auf die Beine und bewiesen, dass es auch heute noch möglich ist effektiv Nazis zu blockieren. Daraus wurde ein Desaster, nicht nur für die Neonaziszene, sondern auch für die Stadt und die Bullen. Was es dafür brauchte war Eigeninitiative, eine gute Organisation und Unterstützung aus anderen Städten.

Der Text „Warum wir nach Ostritz fahren...“ und der Anschluss an den bürgerlichen Protest

Im Hinblick auf das oben beschriebene Beispiel erscheint es als eine Absurdität, wenn eine Dresdner Gruppe einen Text verfasst, in welchem der organisierte Angriff von Neonazis auf einen linken Stadtteil in Leipzig erhalten muss, um auf Orte „linksalternativer Seifenblasen“ hinzuweisen. Was dabei stimmt ist, dass es in diesen sogenannten „Szenevierteln“ mit Sicherheit die Möglichkeit gibt sich gut der Realität zu entziehen (sichtbar auch hier in Dresden). Wer dafür allerdings einen gezielten Angriff braucht, um dies zu realisieren und zu beschreiben, der*die scheint selbst in einer Blase der Unwissenheit zu leben. Auch ist die Entpolitisierung solcher Stadtteile keine notwendige Entwicklung, sondern sie entsteht durch inhaltlich verschwommene Statements und die Abwendung von radikalen Inhalten.

Polemische Fragen wie: „Weswegen wir unserem Unbehagen gegenüber der (ost-)deutschen Provinz nicht mit dem üblichen fischerhutbemützten Männertagswanderhaufen in schwarz beehren und „schieß Drecksnest“ brüllend auch noch die letzten halbwegs kritischen Geister vor Ort verschrecken?“ sind genau Teil dieses Problems. Durch eine Entsolidarisierung mit radikalen Protestformen unterstützt die Gruppe eine Tendenz einer „Anti - Militanz“ der linken Szene in Deutschland, welche seit Jahren zu beobachten ist. Seinem eigenen Anspruch der „radikalen Antifa“ anzugehören wird mensch damit allerdings nicht gerecht.

Auch die Argumentation der „kritischen Geister“ ist nicht nachvollziehbar. Sicherlich ist uns bewusst, dass es gerade in ländlichen Re-

gionen bzw. Gebieten ohne eine aktive Subkultur ein hohes Maß an Motivation und Eigeninitiative braucht, sowie ein hohes Risiko für das eigene Wohl bedeutet. Trotzdem muss sich aber die Frage gestellt werden, wo diese Geister denn waren als in Clausnitz, in Chemnitz, Freital oder Bautzen Gewalt gegen Geflüchtete ausgeübt wurde. Anwohner*innen, welche nicht dagegen aufstehen, wenn in ihrem Dorf oder Stadt Menschen gejagt oder angegriffen werden, weil sie eine vermeintlich „falsche“ Hautfarbe besitzen, werden sich auch durch unsere von außen angemeldete Demonstration, nicht motivieren lassen. Und selbst wenn, was sind das für „kritische Geister“ die dann aufstehen wenn es zu spät ist? Zumindest keine, um welche sich eine radikale Antifa extra noch bemühen muss. Bürgerlicher Protest gegen jede Art von rechtem Gedankengut kann legitim sein, findet aber auf einer anderen Ebene statt. Es gibt keinen inhaltlichen Konsens welcher eine radikale antifaschistische Position mit einem bürgerlichen Protest verbindet. Dieser bürgerliche Protest besteht zu großen Teilen aus Parteien, Gewerkschaften und deren Vertreter*innen. All diese arbeiten in einem System, welches rassistisches Gedankengut einen Nährboden bietet und häufig reproduziert.

*"Wir waren in Schneeberg, Freital und Heidenau. Mal als „Feuerwehr“, mal als „unsichtbare“ Mitorganisator*innen diverser Willkommens- und Bürgerfeste."*

Stimmt, dass wart ihr und diesem Engagement bringen wir unseren Respekt entgegen. Allerdings haben wir auch hier Kritik. Antifa Arbeit zeichnet sich unserer Meinung nach auch dadurch aus schon im Vorfeld bzw. kontinuierlich antifaschistische Arbeit zu leisten. Wenn wir glauben immer erst dann aktiv werden zu müssen, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist, dann täuschen wir uns.

„Durch strategische Diskussionen und die antifaschistischen Niederlagen und die daraus resultierenden Ohnmachtsgefühle der letzten Jahre, hat sich die radikale Linke in Deutschland zu Recht von reiner Anti-Nazi Arbeit abgewendet und versucht sich, mehr oder minder erfolgreich, weitere Arbeitsfelder zu erschließen.“

Das sehen wir anders, denn es braucht beides. Unserer Meinung nach ist und war es die falsche Entscheidung sich von dem Konzept „Antifa“ zu lösen. Der Kampf gegen Nazis, vor allem in Nazihochburgen, wird auf der Straße ausgetragen und muss auch dort weiter gelöst werden. Da diese rechten gewaltbereiten Strukturen eine reelle Gefahr für Leib und Leben von Menschen bedeuten. Das sich die radikale Linke von einer reinen Anti-Nazi Arbeit gelöst hat, kann so nicht stehen gelassen werden. Schon über Jahre hinweg haben sich andere Gruppen abseits dieser Arbeit engagiert, antifaschistische Strukturen waren es welche ihr Spektrum „verlassen“ haben und somit "die Strasse" für Neonazis freigemacht hat.

„Diese völlig absurden Äußerungen zeigen nur wieder einmal, wie wenig anschlussfähig unsere Politik der letzten Jahre geworden ist und wie wenig wir der extremismustheoretischen Erzählung entgegensetzen konnten.“

Die Meinung das unsere Politik nicht anschlussfähig ist, kann unterschiedlich betrachtet werden. Die Frage ist doch, was wir für eine Konsequenz daraus ziehen? Wir denken Ziel muss es sein, eigene Positionen zu verdeutlichen und klar zu machen. Wer über „bürgerkriegsähnliche“ Zustände zum G20 in Hamburg heult, dem sollten wir erklären warum dies dort passierte und aus welchem Grund es legitim war. Die Konsequenz daraus zu ziehen, dass unsere Politik „wenig anschlussfähig (...) geworden ist“ verleugnet unsere legitime und notwendige Position gegen diesen Staat, den Kapitalismus und aus ihnen resultierende Neonazis. Sollte die Antwort auf all die existierenden Probleme der gesellschaftlichen Anschlussfähigkeit sein, keine eigenen Ansätze mehr auf die Beine zu stellen oder sich deshalb nur noch einem bürgerlichen Bündnis anzuschließen, um sich somit einer bürgerlichen Meinung zu unterwerfen, halten wir für falsch. So müssen wir uns im Anschluss als Antifa-Bewegung die Frage stellen wie nötig wir dann überhaupt noch sind. Besteht unsere einzige Aufgabe dann nur noch darin den Aufruf etwas radikaler zu gestalten, den Protest in Hör- und Sichtweite umzusetzen oder eine Demonstration abseits des eigentlichen Geschehens zu organisieren?

„Bei dem Bestreben uns aus der Marginalität zu befreien, unsere Inhalte prominent zu setzen, dürfen und wollen wir nicht hinter unsere eigenen emanzipatorischen Mindeststandards zurückfallen.“ - „Da ein antifaschistischer Grundkonsens in weiten Teilen von Parteien, Gewerkschaften und der Bevölkerung am zerbröckeln ist, können wir wohl kaum darauf vertrauen Unterstützung im Kampf gegen Faschisierung der Gesellschaft zu erhalten, wenn wir es nicht schaffen uns als einzig verlässlich und nützlich im Kampf gegen immer noch stark marginalisierte (Neo-)Nazis zu beweisen.“

Wie wollen wir es schaffen unsere eigenen Ansätze zu verdeutlichen, wenn wir in einem bürgerlichen Bündnis eine*r von vielen sind? Gegenproteste können bürgerlich und radikal durchgeführt werden. Die Erfolge von unterschiedlichen Aktionsformen haben nicht zuletzt auch die Blockaden der Naziaufmärsche 2010 und 2011 in Dresden gezeigt.

Konsequenz

Um die Entwicklung und Annäherung antifaschistischer Gruppen an die bürgerliche Gesellschaft, wofür der Text der URA für uns sinnbildlich steht, zu stoppen, braucht es eine Vielzahl von Konsequenzen und Positionierungen.

Diese beginnen dabei, sich auf die „Basics“ antifaschistischer Arbeit zu beziehen. Diese sah es schon in ihrer Gründungszeit vor, sich von bürgerlichen Protest zu unterscheiden. Antifa ist mehr als eine reine „Anti-Nazi-Rolle“ einzunehmen, dahinter steht eine Idee wie Menschen miteinander leben wollen. Dies wird in einem kapitalistischen System, welches zwangsläufig Faschist*innen hervorbringen wird, nicht funktionieren. Aus dieser natürlichen Ablehnung gegen das Bestehende kann jener Protest auch nicht bei einer bürgerlichen Demonstration stehen bleiben, sondern muss ganz klar darüber hinaus gehen und den rechten Protest in das Geflecht von Staat, System und Gesellschaft einbinden.

Wie kann das funktionieren?

Uns ist bewusst, dass dies nicht ausschließlich an Tagen geschehen kann, an denen Neonazis irgendwo aufmarschieren. Dies ist eine Einstellung, welche täglich gelebt werden muss. Dafür, da geben wir der URA recht, reicht es nicht sich nur in seiner „linksalternativen Seifenblase“ aufzuhalten. Allerdings müssen wir daraus Konsequenzen ziehen, welche lauten müssen selbst mehr in die aktivistische Ebene zu gehen, nicht nur in den Städten sondern auch in den Dörfern.

Dabei reicht es aber nicht nur "schöne Bilder" zu produzieren. Beispielhaft steht dafür der 1. Mai 2016 im sächsischen Plauen, als 1200 Menschen zu einer Antifa Demonstrationen kamen. Diese machte aber keine Anstalten den Naziaufmarsch des "Dritten Weges" wirklich zu verhindern. Es braucht die Initiative radikaler antifaschistischer Strukturen, um Menschen zu motivieren dezentral oder auch von einer Demonstration aus, einen Neonaziaufmarsch zu verhindern. Mit dem Verrat der eigenen Inhalte und Werte, um somit einen „Grundkonsens“ zu schaffen, wird dies nicht funktionieren. Wer glaubt auch nur einen Nazi so umzustimmen oder dem gesellschaftlichen Rechtsruck etwas entgegenzusetzen, der täuscht. Nazis, ihre "Hintermänner" und der Nährboden auf den sie sich stützen muss mit allen Mitteln und auf allen Ebenen bekämpft werden. Dafür müssen wir natürlich etwas investieren, nicht nur zu Tagen an welchen Demonstrationen stattfinden.

Die Facette von Aktivitäten können vielseitig sein: Antifaspaziergänge, Outings, Stickern oder militante Aktionen stehen dabei für klassische Antifa Arbeit. Im Rahmen der "Nationalismus ist keine Alternative" Kampagne sind noch weitere, neue Aktionsformen, dazugekommen. Welche sich als nützlich und hilfreich erwiesen haben.

Diese müssen aber von uns antifaschistischen Menschen initiiert werden, denn ohne Engagement wird es nicht funktionieren. Genau darauf muss es bei der radikalen Antifa-Bewegung ankommen. Dies bedingt in einem gewissen Rahmen auch Unterstützung von auswärtigen Strukturen sowie von anderen radikalen, nicht vordergründig antifaschistisch bezogenen, Gruppen von vor Ort. Es muss uns in erster Linie darum gehen die Gefahr neonazistischer Gewalt

so effektiv wie möglich zu begegnen. Dies werden wir nur mit vielfältigen und schlagkräftigen Aktionen bewältigen.

Aus jeder dieser einzelnen Konsequenzen folgt eine Frage, welche die antifaschistische Szene schon viele Jahre vor sich her schiebt und endlich beantwortet werden muss. Es ist die Frage nach der richtigen Aktionsform und dem Willen danach, wie viel wir bereit sind für unsere Ideen zu geben. Es gibt genug Dinge die wir tun können. Wir sollten nur endlich damit anfangen, die Effektivität unserer Aktionsformen zu beurteilen. Es besteht kein Sinn darin, immer das selbe zu machen, nur weil wir es so kennen. Wir müssen dabei die Aktionsform wählen, die den Nazis, Neurechten, etc. am meisten schaden, nur so werden wir sie zurückdrängen.

Eine weitere Konsequenz ist jedoch auch, dass wir als Antifaschist*innen versuchen sollten, um uns langfristig rechtem Gedankengut entgegenstellen zu können, eine starke radikale Antifa-Bewegung anzustreben. Dadurch werden wir als ernstzunehmende*r Akteur*in von bürgerlichen Kräften wahrgenommen und sichtbarer für Menschen die unsere Positionen teilen. Dabei dürfen wir uns von keiner (bürgerlichen) Seite die Art des Protestes vorschreiben lassen, sondern müssen eigene Akzente setzen und eigene Aktionen durchführen. Hier werden wir durch die Vielfalt der Mittel stark und können so mit unerfahrenen/neuen Leuten zusammen agieren.

Wie genau diese Bewegung in Zukunft auszusehen hat, sollte in einem fortlaufenden Prozess herausgearbeitet werden.

Packen wir es an, für eine effektive radikale Antifa-Bewegung!

Nachtrag: Während wir diesen Text verfassten veröffentlichte die URA die Veranstaltungen zur „Antifa Action Week“. In dem Aufruf heißt es u.a: „Wir wollen mit euch eine Woche praktische Antifa-Arbeit auf den Schirm holen. Gemeinsam wollen wir uns austauschen über die unterschiedlichen Motivationen und Herangehensweisen an antifaschistische Politik“. Vielleicht eine Chance, diese von uns geforderte neue effektive radikale Antifa-Bewegung zu unterstützen.

Aktionen

Juli

- 9.: Arne Schimmer (NPD) wird in einer Bibliothek sein Computer abgezogen. Neben seiner Wohn- und Mailadresse, wird auch seine Handynummer veröffentlicht. Die Diebe kündigen an das „zahlreiche Material der neonazistischen Szene“, auf dem Arbeitsrechner, auszuwerten und zu einem späteren Zeitpunkt bekannt zu geben.
- 11.: ca. 70 Aktivist*innen demonstrieren in Löbtau, Neustadt und Pieschen im Rahmen der "Kein Schlusstrich" Kampagne, klären die Passant*innen auf und berichten im Fall von Löbtau und Pieschen über (ehemalige) Nazistrukturen im Zusammenhang mit dem NSU.
- 12.: In der Nacht der Urteilsverkündung des „NSU-Prozess“ wird in Pieschen eine Polizeiwache mit Farbe attackiert. Die Täter*innen machen darauf aufmerksam das die „Trio-These“ unhaltbar ist und schreiben: „Jeder rote Fleck steht für ein Opfer des NSU!“.
- 27.: An einigen „Sehenswürdigkeiten“ Dresdens hängen Rettungsringe. Eine Künstlergruppe zeigt sich mit der Aktion mit der stattfindenden Demonstration: „Seebrücke – schafft sichere Häfen!“ solidarisch.

August

- 18.: Rund 150 Menschen demonstrieren in einem Stadtteilspaziergang durch die Neustadt, sie fordern eine solidarische Nachbarschaft und machen gegen das geplante Polizeigesetz mobil. In den Tagen zuvor kam es zu massiven Polizei Großeinsätzen im Viertel.
- 22.: In der Dresdner Neustadt werden die Scheiben von Geldautomaten, Werbetafeln, Packstationen, Fahrkartenautomaten und zwei Vonovia Transportern eingeschlagen. Die Täter*innen rufen in einem Bekennerschreiben dazu auf sich von „bullenterror nicht einschüchtern“ zu lassen und setzen die Aktion in Zusammenhang mit der „fortschreitenden vernetzung, aufwertung und verwertung der städte sowie der reform

des sächsischen polizeigesetzes als mittel der sozialen kontrolle“.

- 23.: Das Büro des neurechten Publizisten Felix Menzel wird mit schwarzer Farbe besprüht und der Briefkasten mit Bauschaum gefüllt. In der selben Nacht bekommt der Landesvorsitzende der AfD, Jörg Urban, Besuch. Am frühen morgen findet er an seinem Haus und Auto rote Farbe. Seine Eingangstür zierte der Schriftzug: „FCK AFD“.



Antwortschreiben der URA

Hallo Alles oder Nix,
vielen Dank für eure Einladung zur Diskussion zum Thema Handlungsoptionen und Strategien antifaschistischer Arbeit am Beispiel unseres Textes zu den Mobilisierungen gegen das Schild & Schwert Festival in Ostritz. Wir haben positiv aufgenommen, dass ihr euch kritisch mit dem Text "Warum wir nach Ostritz fahren" und allgemein antifaschistischem Aktivismus, in Zeiten in denen Selbstbewusstsein und Wirkmacht der gesellschaftlichen und parlamentarischen Rechten Hochkonjunktur haben, auseinandergesetzt habt. In diesem kurzen Statement wollen wir noch einmal in einfacher Form unsere Positionen aus dem Ostritz-Text darlegen. Wir wollen klarstellen was Intention dieses Textes war und was nicht, um Unterstellungen zu begegnen und Missverständnisse auszuräumen, welche nach unserer Auffassung in eurer Reaktion ersichtlich werden. Außerdem wollen wir auf einige der von euch genannten Positionen eingehen bei denen wir widersprüchlicher Ansicht sind.

Im Grunde werft ihr uns drei Dinge vor:

1. Den prinzipiellen Versuch der Zusammenarbeit mit bürgerlichen/zivilgesellschaftlichen Akteur*innen,
2. die mangelnde Radikalität und/oder Militanz die angeblich daraus resultiert und
3. die vermeintliche Entsolidarisierung von "radikalen Protestformen".

Vorab: Was uns aufgefallen ist, ist die Ungenauigkeit bei der Verwendung des Wörtchens radikal, welche sich durch euren kompletten Text zieht. Nur kurz: Radikalität und Militanz sind nicht synonym. Sie können zusammengehen, müssen aber nicht. Dies hat nichts mit Besserwisseri zu tun, sondern damit, dass es a.) argumentativ zu Fehlern kommt - eine korrekte Ausdifferenzierung der Begriffe ist wichtig um unseren Text zu verstehen - und b.) mit der ungenauen Verwendung des Wortes radikal explizit auf unseren Gruppennamen Bezug genommen wird und somit, eventuell auch nur unbewusst, eine automatische Diskreditierung unserer Arbeit stattfindet. Ebenso müssen wir euch dahingehend berichtigen, dass wir nicht Teil des

bürgerlichen Protestes waren, sondern Teil der Initiative Rechts rockt nicht, welche eigene linke Veranstaltungen und Proteste in Ostritz organisiert hat.

Ihr verweist auf den Kongress Antifa in der Krise und habt eure Konsequenzen daraus gezogen – wir die unseren. Wir würden nie behaupten, dass es nur einen richtigen Weg der Antifaarbeit geben kann und wir das Patentrezept haben. Für uns ist Antifa ein Zusammenspiel diverser Aktionsformen und eine ständige kritische (Selbst-)Reflexion. Aus einer taktischen Erwägung heraus, die auf der Marginalität linksradikaler Politik beruht, haben wir uns entschlossen unsere Arbeit und Aktionen an den jeweiligen Bedingungen und Situationen auszurichten.

Dass in weiten Teilen Sachsens eine rechte Hegemonie vorherrscht ist unstrittig, oder? Wir sind der Meinung, dass dieser Hegemonie nur etwas entgegengesetzt werden kann, wenn wir vor Ort agieren und mit den Menschen vor Ort in Kontakt treten. Im Idealfall treffen wir Menschen die sich selbst nicht als dezidiert linksradikal verstehen, aber die Gesellschaft positiv verändern wollen. Dies sind die “kritischen Geister” von denen wir sprechen. Und ja, die gibt es! In Freital beispielsweise gab es eine gute Zusammenarbeit mit den aktiven Locals, aus der diverse Initiativen entstanden sind und Einzelpersonen empowert werden konnten.

Ja, das Partizipieren an Bündnissen und Kampagnen heißt auch immer punktuell und temporär Zugeständnisse zu machen. Anschlussfähigkeit heißt für uns aber nicht, dass wir hinter unsere eigenen Mindeststandards zurückfallen oder unsere radikalen Positionen infrage stellen. Auf Bündnistreffen vertreten wir unsere Ansichten und Ziele offen und selbstbewusst. Wenn es sein muss, kritisieren wir unsere Partner*innen (konstruktiv), übrigens auch in Bezug auf das Wann und Wie der Militanz. Eine Distanzierung oder gar Entsolidarisierung diesbezüglich würde uns nie in den Sinn kommen! Eurerseits Ostritz mit Clausnitz, Heidenau, Chemnitz, ... zu vergleichen ist dann doch schon böswillig. Die Ausgangssituationen waren jeweils völlig andere, genau wie unsere Rolle in Clausnitz, Heidenau, Chem-

nitz eine andere war und unter jenen Umständen immer eine andere sein wird. Das wisst ihr ganz genau!

In Ostritz standen wir - als nur ein Teil der linken Initiative Rechts rockt nicht - vor der Situation, dass der Ort definitiv keine Lust auf das (Neo-)Nazievent hat und hatte. Es gab in Ostritz keine wahrnehmbare Hegemonie der extremen Rechten, sondern eine Bürger*innenschaft die sich offen für unsere Inhalte zeigte, jedoch durch Extremismustheorie und Post-G20-Hetze große Vorbehalte gegenüber Antifa und radikaler Linke hatte. Wir kamen in ungezwungenen und recht konstruktiven Momenten mit Vertreter*innen von Stadt und Zivilgesellschaft ins Gespräch und das auf Augenhöhe. Zum Beispiel konnten wir so - wie ihr übrigens fordert - die Proteste zum G20 im Kontext der Befürchtungen, dass es in Ostritz zu Riots kommt, erklären und warum dies dort passierte. Im Nachgang gab es im April Anwohner*innen die sich bei "der Antifa" für das Wochenende bedankten und die die Arbeit der Initiative vor Ort ausdrücklich lobten. Ihr selbst schreibt, dass es "schon im Vorfeld bzw. kontinuierlich antifaschistische[r] Arbeit" bedarf. Nichts anderes macht Rechts rockt nicht in Ostachsen. Nichts anderes war unser Ziel. Wir müssen versuchen einzelne Felder linksradikaler Politik zu verbinden, um im besten Falle (Neo-)Nazis und anderen Menschenfeind*innen schon im Vorfeld und in deren (potentieller) Homezone den Boden zu entziehen. Gramsci und so... Das meinen wir mit einer Abwendung von "reiner Anti-Nazi-Arbeit".

Wir hoffen, wir konnten unsere Motivation für den Text und die Reise nach Ostritz noch einmal verdeutlichen. Radikal heißt für uns, die Gesellschaft grundlegend, umfassend zu verändern und zwar zum Positiven und wenn es sein muss, dann auch mit militanten Mitteln. Doch, wie schon erwähnt, werden wir vor jeder Aufgabe die sich uns stellt weiterhin abwägen welche Aktionsformen wir als strategisch sinnvoll erachten.

Kommen wir nun zu dem Punkt der euch augenscheinlich am schwersten auf dem Herzen zu liegen scheint:

"Weswegen wir unserem Unbehagen gegenüber der (ost-)deutschen Provinz nicht mit dem üblichen fischerhutbemützten Männertags-

wanderhaufen in schwarz beehren und „scheiß Drecksnest“ brüllend auch noch die letzten halbwegs kritischen Geister vor Ort verschrecken?“

Ja, dieser Satz ist sehr polemisch. Soll er auch! Bringt er doch so vieles auf den Punkt, was wir an zeitgenössischer Antifa-Kultur kritisieren können. In seiner herablassenden Polemik ist er aber nur die Antwort auf die uns im Vorfeld immer wieder gestellte Frage: Weshalb wir ein bürgernahes Konzept wie Rechts rockt nicht in Ostritz supporten? Den Männertagswanderhaufen müssen wir wohl nicht wirklich erklären, oder? Befinden sich doch leider eher selten Frauen* unter den Fischerhüten der ersten Reihen. Überhaupt müssen wir konstatieren, das “Antifa” leider immer noch arg männlich dominiert ist.

Der Fischerhut. Der Fischerhut als Symbol für vermeintliche Militanz, welches dann meist doch bloß als selbstreferenzieller Antifalifestyle hinter dem Frontranspi taugt. Was uns hieran stört ist, dass militantes Auftreten ohne Grund und Verbalradikalismus weder nachvollziehbar noch anschlussfähig in ihrer Außenwirkung sind.

Nun, “Scheiß Drecksnest”, ja die “unversöhnliche Intervention”. Klar gibt es Vorfälle die uns immer wieder aufs Neue schockieren und Hass in uns wecken. Wer aber denkt, dass Menschen pauschal zu verurteilen hilft diejenigen vor Ort zu unterstützen, welche (Neo-) Nazis und Rassist*innen kritisch gegenüberstehen, wird eher die Kluft zwischen Beiden verringern, da sie*er ein billiges Feindbild von außen liefert und damit den Burgfrieden stützt anstatt ihn zu stören. Am Ende müssen wir feststellen, dass diese sogenannten “Strafexpeditionen” wenig nachhaltig sind. In Ostritz standen wir, wie oben schon erwähnt, vor einer ganz anderen Ausgangssituation. Ein offener Aufruf zu militantem Protest war nicht nur nicht angebracht, er wäre zu diesem Zeitpunkt strategisch kontraproduktiv gewesen. Dennoch ergaben sich im April Räume für mehr als Protest in Sicht- und Hörweite, welche jedoch nur wenig bis gar nicht genutzt wurden.

Am Ende bleibt zu sagen, dass ihr insofern Recht habt, dass Antifa wieder selbstbewusster auftreten und aus der Position der reinen Reaktion heraus kommen sollte. Wenn ihr fordert, “... schon im Vor-

feld bzw. kontinuierlich antifaschistische Arbeit zu leisten” heißt das für uns aber auch, nicht nur pöbelnd am Spielfeldrand zu stehen. Deswegen sollten wir uns gerade bei Aktionen in anderen Regionen fragen, wie wir Verbündete finden und wie wir diese unterstützen können. Denn klar, wir kämpfen gegen Nazis, aber das Revolutionäre daran kann nur sein, wenn wir mit den Menschen ihre Kämpfe führen, anstatt gegen sie. Solche Kämpfe zu entwickeln braucht jedoch einen langen Atem und schließt die von euch ersehnte Eskalationsstufe nicht aus. Allein werden wir dies jedoch nicht schaffen. Wir hoffen einen Beitrag zur Reflexion unserer grundlegenden Herangehensweise im Umgang mit politischen Kämpfen zu leisten. Dabei sollten wir uns aber nicht fragen was wir zu verlieren haben, sondern was wir gewinnen können.

Eingesendet von „Undogmatische Radikale Antifa Dresden“

Aktionen

September

- 7.: Das Cabriodach von AfD-Politiker Heiko Müller wird aufgeschlitzt, es entsteht ein Schaden von etwa 15.000 Euro.
- 8.: Das Bürgerbüro von Jens Maier (AfD) wird in der Tauernstraße, Dresden Laubegast, mit Farbe markiert.
- 17.: Das Bündnis gegen das neue Polizeigesetz ruft zu einer Aktionsnacht auf, es gibt zahlreiche „künstlerische“ Aktionen.
- 18.: Rund 100 Menschen demonstrieren durch einen „Gefährder*innenspaziergang“ vom Hauptbahnhof aus gegen das neue Polizeigesetz.
- 25.: Auf dem Albertplatz findet eine Kundgebung für den von Räumung betroffenen Hambacher Forst statt. Es werden Solibäume gebaut und Flyer verteilt.
- 29.: In Solidarität mit dem Tag X, rund um den Besuch vom türkischen Präsidenten Erdogan, stecken Aktivist*innen ein Auto der Firma Siemens in Brand. Sie schreiben, dass an den Händen der Firma Blut klebt, weil diese mit der faschistischen Regierung Geschäfte macht.

Oktober

- 21.: Rund 10.000 Menschen demonstrieren gegen den vierten Jahrestag PEGIDAS.





Aufruf von „Loslegen – fight AfD“

Im Spätsommer kommenden Jahres finden in Sachsen Landtagswahlen statt. Derzeit steht die Alternative für Deutschland (AfD) in Prognosen bei rund 25 Prozent. Die Möglichkeit, dass eine offen nationalistische, rassistische und antifeministische Partei ab 2019 als stärkste oder zweitstärkste Partei in den Landtag einzieht ist somit mehr als wahrscheinlich.

Analyse

Die NPD zog 2004 als erste offen menschenfeindliche Partei nach 1945 in den sächsischen Landtag ein. Allerdings schaffte sie es nie wirklich ihren selbsternannten Kampf um die Straßen, Parlamente und Köpfe durchzusetzen. Dies sieht bei der selbsternannten „Alternative“ deutlich anders aus. So hat es die AfD nicht nur geschafft rechts-konservative Werte in der Mitte der Gesellschaft zu verankern, sondern diese auch mehrheitsfähig werden zu lassen. Eine Zusammenarbeit mit „PEGIDA“ wird in Sachsen offen zur Schau getragen und eine sich ins unendlich drehende Spirale von menschenverachtenden Provokationen scheint keine Grenzen mehr zu kennen. Im öffentlichen Diskurs haben solche Ansichten mittlerweile eine normale Rolle eingenommen. Dafür lassen sich inzwischen unzählige Beispiele finden.

Diskussionen und öffentliche Debatten bringen nichts mehr. Wer bis heute nicht verstanden hat, was die AfD ist und dass sie im Kern gegen jegliche Formen einer emanzipatorischen und freien Gesellschaft steht, wird es auch in den nächsten Monaten nicht mehr begreifen!

Was uns bleibt ist die offene Konfrontation

Wir müssen uns der Konfrontation mit der AfD annehmen. Die Zeit der Diskussionen, der Aufklärung und auch des Redens muss vorbei sein. Sie ist, wie wir täglich erleben müssen, gescheitert. In dieser Konfrontation wird es darum gehen ob unsere eingesetzten Kräfte und antifaschistischen Kämpfe der letzten Jahre umsonst waren oder nicht. In dieser Konfrontation wird deutlich werden, ob unsere anti-rassistischen Initiativen, Demonstrationen und Gruppen nur zum Selbstzweck der eigenen Szene durchgeführt und gegründet wurden oder ob diese auch bereit sind ihre „Wohlfühlszenekieze“ zu verlassen.

Auf allen Ebenen, mit allen Mitteln!

Uns ist bewusst das wir diese Konfrontation weder an der Wahlurne, noch bei einem Gespräch gewinnen werden. Texte, Diskussionen und Demonstrationen helfen nicht mehr. Es muss praktischer und auch persönlicher werden. Machen wir es der AfD, ihren Mitgliedern, Wähler_innen und auch Sympathisant_innen in den Monaten bis zur Landtagswahl 2019 in Sachsen so unangenehm und teuer wie möglich. Nur so werden wir es schaffen, dass sie sich aus dem öffentlichen Raum wieder zurückziehen müssen. Dabei geht es nicht nur, aber auch um offene Militanz, Outings oder vielfältige kreative Aktionen. Diese Formen von Widerstand können dabei helfen die Rassist_innen der AfD aus der Deckung zu holen und anzugreifen. Das Ziel unseres militanten, antifaschistischen Kampfes ist es, die Faschist_innen in unserer Nachbarschaft zu bekämpfen und zurückzudrängen. Nur so werden wir unserem längerfristigen Ziel, eine befreite Gesellschaft, einen Schritt näher kommen.

Nehmen wir diese Konfrontation und Auseinandersetzung nicht an, wird im Jahr 2019 eine Partei in Sachsen mit an der Macht sein, welche ihre menschenverachtende Ideologie dann auch parlamen-

tarisch umsetzen wird. Es sollte allen bewusst sein, dass ihre Politik alle treffen wird, zuerst jedoch die Menschen, die am allerwenigsten in das beschränkte Weltbild der AfD passen.

Deswegen,

loslegen – fight AfD!

Quelle: <https://loslegen.blackblogs.org/>

Aktionen

November

- 5.: Aktivist*innen kleben zum Jahrestag der Selbstentarnung des NSU Fotos von den migrantischen Opfern in das Löbtauer Stadtbild, um den Opfern zu gedenken und die Anwohner*innen aufzuklären.
 - 9.: Durch eine Kunstaktion am Thor Steinar Laden in Dresden Löbtau soll an die Opfer der Reichspogromnacht 1938 gedacht werden.
 - 9.: Aktivist*innen installieren eine hölzerne Gedenkplakette an der Brachfläche der Kesselsdorferstraße an die Familie Steinhart, welche an selbigen Ort ein Kaufhaus betrieb und im Zuge der Reichspogromnacht angegriffen und enteignet wurde. Danach wurden weitere Stationen des jüdischen und widerständlerischen Lebens während der NS Zeit in Löbtau aufgesucht und mit Kerzen und Blumen gedacht.
 - 12.: Mit Transparenten und Kunstaktionen protestieren Aktivist*innen gegen die Anhörung zum neuen Polizeigesetz im sächsischen Landtag. Unter anderem wird das Büro vom ehemaligen Innenminister Ulbig umgestaltet.
 - 15.: An einem Kran werden Banner gegen autoritäre Staatsgewalt befestigt. Die Aktion ist laut Schreiben auf Indymedia „Teil der Aktionswoche gegen das neue Polizeigesetz in Sachsen“.
 - 17.: Rund 1.500 Menschen demonstrieren gegen das neu geplante sächsische Polizeigesetz.
 - 23.: Mit Rauch, Farbe und Transparenten machen ein dutzend Aktivist*innen vor dem Haus der Arminia Burschenschaft in Dresden auf deren Umtriebe aufmerksam.
- Unbekannt.: Als Mobilisierung für die "Antifa Action Week" werden Werbetafeln neu gestaltet.

Dezember

24.: Engagierte Antifaschist*innen sorgen bei der jährlichen Filmvorführung von "Das Leben des Brian" in der Schauburg dafür, dass Jens Maier das Kino verlassen muss.

Unbekannt.: Aktivist*innen statten der Burschenschaft Salamandria einen Besuch ab und verschönern das Haus mit Bitumen.



